TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure

26. JAHRGANG BERLIN, 20. JANUAR 1935 Nr. 1, S. 1—24

Zum Jahresanfang!

„... Wenn Menschen ein richtiges Ziel ins Auge fassen und es dann tapfer und mutig unentwegt verfolgen und jede ihnen vom Himmel geschickte Prüfung mit starkem Herzen bestehen, dann wird ihnen am Ende eines Tages die allmächtige Vorsehung doch noch die Früchte ihres opfervollen Ringens geben. Denn Gott hat noch keinen auf dieser Welt verlassen, ehe er sich nicht selbst verlassen hat ...."

Am Bückeberg auf dem Erntedankfest 1934 sprach der Führer und Reichskanzler diese Worte.

Unser Verbandsziel ist richtig; es ist in dem Geiste der neuen Zeitepoche begründet:

die Schaffung eines Volks- und berufsverbundenen Standes deutscher Ingenieure höchster Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft für das gemeine Beste.

Für dieses Ziel haben wir gekämpft und geopfert im Zweiten Reich; gegen eine feindliche Umwelt und einen die nationalen Grundlagen zerstörenden Zeitgeist des Zwischenreiches. Nun hat der siegende Nationalsozialismus den Boden geschaffen, in dem das Fundament errichtet werden konnte, um auf ihm das Haus zu bauen.

Indem wir dem Schöpfer und Führer des Dritten Reiches in deutscher Treue Gefolgschaft leisten, wollen wir tapfer und mutig und opferbereit im neuen Jahre kämpfen für unser Ziel, mit starkem Herzen an die Zukunft des Vaterlandes glauben und uns für ihre Gestaltung einsetzen.

Glückauf für 1935!

Heil Hitler!

Geheimer Regierungsrat, Professor.
Verbandsleiter.

Gedenktafel

Im 25. Verbandsjahr (1934) hatte der Verband und seine Bezirksvereine den Tod folgender Mitglieder zu beklagen:

BV Aachen:
Dipl.-Ing. **Albert Vossen**

BV Augsburg:
Dr.-Ing. **Wilhelm Riehm**
Direktor

BV Berlin:
Dipl.-Ing. **Otto Anschütz**
Dipl.-Ing. **Paul Hoffmann**
Dipl.-Ing. **Hans Jahn**

BV Chemnitz:
Dipl.-Ing. **Gustav Kennel**
Direktor

BV Danzig:
Reg.-Baumstr. **Ernst Schade**

BV Dortmund:
Dipl.-Ing. **Georg Hückel**

BV Dresden:
Dipl.-Ing. **Paul Petrich**
Oberreg.-Baurat
Dipl.-Ing. **Ernst Max Unterstab**

BV Düsseldorf:
Dipl.-Ing. **Wilhelm v. Pasinski**
Zivilingenieur

BV Essen:
Reg.-Bauf. **Paul Büttner**
Abt.-Direktor
Reg.-Bauf. **Eberhard Plehn**
Dipl.-Ing. **Heinz Thümling**

BV Karlsruhe i. B.:
Dipl.-Ing. **Gottlob Burkhardt**
Fabrikdirektor i. R.

BV Kassel:
Dipl.-Ing. **Georg Fömmel**
Provinzialbaurat a. D.

BV Köln:
Dipl.-Ing. **August Bieber**
Dipl.-Ing. **Herb. Schumacher**
Direktor

BV Leipzig:
Dipl.-Ing. **Fr. Robert Gontard**

BV Mainz-Wiesbaden:
Dipl.-Ing. **Alexander Müller**
Dipl.-Ing. **Karl Winter**
Gewerbestudienrat

BV Mannheim-Ludwigshafen:
Dr.-Ing. e. h. Dipl.-Ing.
Ludwig Roebel
Direktor

BV Saarbrücken:
Oberreg.-Baurat **Karl Klein**
Dipl.-Ing. **Johannes Meier**
Direktor

BV Wuppertal:
Dipl.-Ing. **Ludwig Grüter**

Dieser Berufskameraden, die dem Verband bis zum Tode die Treue wahrten, wird im Verbande immer dankbar gedacht werden.

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure E. V.

Die Verbandsführung.

Geh. Reg.-Rat Professor **F. Romberg**
Verbandsleiter

Dipl.-Ing. **K. F. Steinmetz**
Verbandsdirektor

Dipl.-Ing. **Carl Weihe** in Frankfurt a. M.:

25 Jahre „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“

Eine stattliche Reihe von 25 Bänden unserer Verbands-Zeitschrift steht vor uns. In ihr ist niedergelegt alles, was in dieser Zeit unser Verband für die Erreichung seines Zieles getan hat. In ihr ist aber auch von dem Kampfe die Rede, der geführt werden mußte, um die zuerst scheinbar geringen, dann aber in steigendem Maße wachsenden Schwierigkeiten zu überwinden, die von außen und von innen sich herandrängend unsere Arbeit zu vernichten drohten. Und daß der Kampf noch nicht zu Ende gekämpft, das Ziel noch nicht erreicht ist, das ist die bittere Wahrheit, die uns gerade aus den letzten beiden Jahrgängen entgegentritt. So kann in letzter Stunde vor der Entscheidung aus dieser in der Zeitschrift niedergelegten Lebensarbeit unseres Verbandes nur die Mahnung an alle seine Mitglieder hervorgehen, gerade jetzt fester denn je zusammenzustehen und im Kampfe nicht zu erlahmen. Es gilt auch hier das Wort der Schrift, daß die Krone nur durch die Treue errungen werden kann.

*

Die Zeitschrift ist ein Band, das alle unsere Mitglieder umschlingt. Die Versammlungen der Bezirksvereine können immer nur einen Teil der Mitglieder des Bezirkes umfassen, die Ausschußtagungen nur einige wenige, aber die Zeitschrift erhält ein jeder regelmäßig, und sie berichtet ihm getreulich, was in der Verbandsführung, in der Geschäftsführung, im Ausschuß, im Gau und im Bezirksverein verhandelt und getan wurde. Sie gibt dem einzelnen Anregung, aber auch Gelegenheit zur Kritik und damit, wenn sie nicht krittelnd, sondern positiv gerichtet ist, zur Mitarbeit, die unbedingt notwendig und erwünscht ist, denn sie stellt den Prüfstein dar, ob die eingeschlagene Linie auch richtig ist. Wer die Zeitschrift liest, der steht mitten in der Verbandsarbeit mit seinen Standeskollegen Schulter an Schulter und weiß, was zu tun ist, wenn, wie es doch so häufig vorkommt, von irgendeiner Seite Zurücksetzungen oder gar Angriffe gegen den technischen Akademiker und seine Arbeit erfolgen. Die Zeitschrift verbindet die Mitglieder zu einer Einheit, sie stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl, sie stützt den einzelnen, weckt den Gleichgültigen und wirbt den noch Abseitsstehenden.

Ihr Wirkungskreis ist aber noch weiter. Ueber den Verband hinaus richtet sie sich auch an die Allgemeinheit, insbesondere an Alle, die in der Technik oder in technischen Verwaltungen tätig sind. Sie versucht, in diese Kreise unsere Auffassungen über technische Erziehung, über Bewertung der technischen Arbeit und nicht zuletzt über die Notwendigkeit einer hochstehenden Berufs- und Standesführung des Ingenieurs hineinzutragen. Sie ist ein Werbemittel für unsere Gedankenwelt, eine ständig erscheinende Aufklärungsschrift, ein Rufer im Streit der Meinungen. Auch wer nicht alles, was wir bringen, billigt, wird an ihr nicht achtlos vorübergehen können. So wird sie zum Verkünder der Verbandsarbeit und der wissenschaftlichen Gesinnung des Diplom-Ingenieurs; Grund genug zu dem heißesten Bemühen der bisherigen Schriftleiter, ihren Aufbau und Inhalt so hochwertig wie möglich zu gestalten.

*

Den heute abgeschlossen vorliegenden 25 Bänden der Zeitschrift ging ein schmales Bändchen: „Mitteilungen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“ voran, das vom 1. Oktober 1909 beginnend in vierzehntätiger Folge 6 Hefte umschließt. Diese 6 Hefte spiegeln die Gründungsgeschichte des Verbandes wider, die am 28. Juni 1909 begann. Wir entnehmen gleich der „Einführung“, die von dem Gründer und ersten Vorsitzenden, späteren Geschäftsführer des Verbandes, Dipl.-Ing. Dr. rer. pol. Alexander Lang, geschrieben ist, die Gründe für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller akademischen Techniker und eine Zusammenstellung der Aufgaben, die sich der junge Verband gestellt hatte und „deren Lösung Jahre, Jahrzehnte erfordern wird“. Wenn wir jetzt nach 2½ Jahrzehnten rückblicken, so dürfen wir wohl mit Stolz sagen, daß manches von dem, das damals erstrebt wurde, erreicht ist, wenn auch vielfach erst nach langem Kampfe. Das sollte für die Zukunft ein neuer Ansporn zum Durchhalten und Weiterkämpfen sein.

Aus diesen Heften der „Mitteilungen“ ersehen wir, daß schon bis Ende September, also in drei Monaten, 625 Mitglieder und 8 Förderer sich dem Verband angeschlossen hatten. Wir erhalten auch Nachricht von der Gründung der ersten Bezirksvereine (Düsseldorf, Berlin, Mainz-Wiesbaden, Frankfurt, Köln, Hannover, Dortmund, Essen, Leipzig) und den Eingaben, die der Verband gleich in der ersten Zeit an verschiedene Behörden, wie das Patentamt, die Immediatkommission des Ministeriums des Innern, an den Senat der Technischen Hochschule in Berlin, gerichtet hat. Auch Aufsätze über „Standesfragen“, „Ingenieurstudium und Verwaltungsreform“, „Technische Sondergerichte“, „die Geschichte der Technik“, finden wir in diesem Bändchen der „Mitteilungen“.

*

Mit dem Jahre 1910 gehen dann die „Mitteilungen“ in die „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure“ über, und diese stand 2 Jahre lang unter der Schriftleitung von Geheimrat Prof. W. Franz,

der es verstand, ihr gleich vom ersten Hefte ab ein wissenschaftliches Gepräge zu geben. Bemerkenswert ist, daß in diesen Vorkriegsbänden schon in längeren Aufsätzen die Grenzgebiete und allgemeinen Kulturfragen der Technik behandelt wurden. Schon früh hatte man erkannt, daß es gerade Sache des akademischen Ingenieurs sei, sich eingehend hiermit zu beschäftigen und die Erkenntnis herauszuarbeiten und zu verbreiten, daß die Technik als Kulturfaktor zu bewerten ist. Erst diese Erkenntnis kann zu einer richtigen Eingliederung der Technik in die Gesellschaftsform des Staates und damit zu einer Meisterung der Technik in sozialer Beziehung führen, zu der der Ingenieur wie kein anderer berufen ist. Wurde doch bei der Gleichstellung der Technischen Hochschule mit der Universität schon im Jahre 1899 von Allerhöchster Stelle in Berlin das Wort gesprochen, daß die Technischen Hochschulen große Aufgaben zu lösen haben, „nicht bloß technische, sondern große soziale" (vgl. „Mitteilungen" 1909, S. 1). Von solchen Aufsätzen aus den ersten Jahren der Zeitschrift seien genannt:

„Geschichtsstudium an Technischen Hochschulen" (1910 S. 49),

„Mensch und Maschine" (1910 S. 21).

„Die Technik im Laufe der Jahrhunderte" (1911 S. 548).

„Die historische Stellung der Ingenieure" (1911 S. 258).

„Technisches-Menschliches" (1911, S. 230).

„Verwandtschaftliches in der Denkweise des Ingenieurs und Arthur Schopenhauers" (1911 S. 380).

„Atavistische Schönheitsbegriffe in der Technik" (1912 S. 309).

„Anschauliches und begriffliches Denken" (1912 S. 322).

„Technik und Geschichtswissenschaft" (1912 S. 186).

„Technik und soziale Frage" (1912 S. 371).

„Entwicklungsgeschichte des römischen Rechtes und der Rechtsunterricht an den Technischen Hochschulen" (1913, S. 412).

Man erkennt schon aus den Titeln dieser Aufsätze das Bestreben der Zeitschrift, den Blick des Diplom-Ingenieurs zu weiten und die Beziehungen der Technik zu anderen Wissenschaften und Lebensgebieten klarzulegen.

*

Der Krieg hemmte dann jäh die Arbeit des Verbandes, wenn er sie auch nicht zum Stillstand bringen konnte. Das Heft vom 15. August 1914 brachte einen Aufruf an die deutschen Diplom-Ingenieure, in dem den ins Feld ziehenden Kollegen eine siegreiche Wiederkehr gewünscht wird und die Zurückbleibenden ermahnt werden, mit allen Kräften dem Vaterlande zu dienen und keine Opfer zu scheuen. Die Geschäftsführung wendete sich an die Mitglieder, sich fester denn je zusammenzuschließen, und bezeichnete als zunächst wichtigste Arbeit die Stellenvermittlung, um Industrie und Handel nicht durch die Einziehungen erlahmen zu lassen. Auch wurde zu einem Kriegsreservefonds aufgerufen. Dann folgte der erste Aufruf zur Zeichnung der Kriegsanleihen, dem noch acht weitere gefolgt sind. Die erste Liste von Verbandsmitgliedern im Felde brachte die Nachricht von dem ersten gefallenen Diplom-Ingenieur, Dipl.-Ing. Bernhard Ritter aus Deutsch-Krone. Erschreckend vergrößerten sich diese Listen in den folgenden Heften; kein Bezirksverein blieb von den Verlusten verschont. Schließlich, nachdem schon an tausend Namen vorlagen, wurde vom Kriegsministerium die weitere Veröffentlichung privater Verlustlisten untersagt.

Der Zeitschrift sieht man die Kriegsjahre an. Nicht bloß ihr Umfang verringerte sich auf dünne Monatshefte, sondern auch das Papier wurde merkbar schlechter. Das wurde noch schlimmer in der ersten Nachkriegszeit und erreichte seinen Höhepunkt in der Inflation im Jahre 1923, als die Zeitschrift auf denkbar schlechtestem Papier als Beilage zur „Deutschen Bergwerks-Zeitung" erscheinen mußte:

„In dem Bewußtsein, daß es heute mehr denn je notwendig ist, über die kulturellen Aufgaben und die Standesfragen der Diplom-Ingenieure die Oeffentlichkeit zu unterrichten, wollen Verband und Verlag, trotz der außerordentlich schwierigen Verhältnisse im allgemeinen und im Druck- und Papiergewerbe im besonderen, die Zeitschrift weiterführen"

so heißt es in der ersten Nummer dieses Jahrganges 1923, und wir waren froh, daß wir die Zeitschrift überhaupt durchhalten konnten.

*

Inzwischen war der Krieg durch die Lohnrevolution des berüchtigten Novembers 1918 beendet, und man stand zunächst vor dem Chaos. Durch die Staatsumwälzung angefacht, wurden auch in unserem Verband die Köpfe verwirrt, und viele gaben von außen kommenden Einflüsterungen Gehör, den Verband in eine Gewerkschaft von Angestellten zu verwandeln. Die Kräfte, die schon bald nach Kriegsanfang tätig waren und immer mehr sich regten, je näher das unglückliche Ende kam, die wollten auch bei uns im Trüben fischen und die Fahne des Marxismus aufrichten. Ein aufklärender Aufsatz „Gewerkschaft der Diplom-Ingenieure?" (1919 S. 25) ging der Ausschußsitzung in Berlin im Herbst 1919 voran, in der die Zersetzungsbestrebungen scharf zurückgewiesen wurden. Ueber diese Sitzung hat Steinmetz (1920 S. 18) eingehend berichtet, der damals zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde und auf der folgenden Ausschußsitzung 1920 die Geschäftsführung übernahm, um sie in Essen bis einschließlich 1925 ehrenamtlich wahrzunehmen.

Die Aemter des Verbandes wurden neu besetzt (1920 S. 119), die Zeitschrift bekam einen neuen[1] Schriftleiter, der sie acht Jahre lang betreut hat. „Wer überzeugt ist", so hieß es in seiner „Einführung" (1921 S. 1), „daß die Ziele des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure richtig sind, dem kann auch die dunkelste Zeit den Mut zum Fortschreiten nicht nehmen". Im Verband wehte jetzt ein frischer Hauch, der merkbar in der Zeitschrift zum Ausdruck kommt. Man ist sich über die Ablehnung gewerkschaftlicher Gelüste völlig im klaren, man sucht die Lücken des Verbandes wieder aufzufüllen und die in den Kriegsjahren liegen gebliebenen Arbeiten wieder aufzunehmen.

*

Den Kulturfragen der Technik widmete man sich in steigendem Maße. Sie nehmen bald in der Zeitschrift einen so breiten Raum ein, daß mit Beginn des Jahres 1922 der Titel der Zeitschrift in „Technik und Kultur" abgeändert wurde, während der bisherige Titel als Untertitel verblieb. Damit tritt das Kulturprogramm des Verbandes auch nach außen schärfer hervor. Die Zeitschrift wird zu einer Fundgrube für diese Fragen, und wir dürfen uns rühmen, als erste diesen für den Techniker und für die Allgemeinheit meistens ganz neuen Stoff in fortlaufender Folge bearbeitet zu haben. Vielfach hat man in anderen Veröffentlichungen darauf zurückgegriffen, manchmal aber auch verschwiegen, daß die Gedanken unserer Zeitschrift entnommen waren. Hunderte von größeren und kleineren Aufsätzen bis herab zur Buchbesprechung könnte man aufzählen, die die Technik von höherem Gesichtspunkt aus auffassen und ihre Verknüpfungen mit Natur und Umwelt, mit dem Menschen und seiner sonstigen Arbeit darzulegen versuchen. Es muß noch einer späteren Kraft vorbehalten bleiben, den in unserer Zeitschrift steckenden Stoff zu einem größeren, zusammenfassenden Werk zu verarbeiten.

*

Nicht vergessen darf auch die Stellung unserer Zeitschrift in der Zeit des Ruhreinbruches bleiben. In scharfen Worten, die manchmal größte Sorge um den Verfasser auslösten, wurde in einer Reihe, an die Tagesereignisse anknüpfenden und aus eigenem Erleben in Essen geschriebenen Betrachtungen von Steinmetz das unerhörte Vorgehen der Franzosen gegeißelt und zum Trotz und unentwegten Durchhalten, aber auch zur Einigkeit aufgefordert. Wuchtige Worte lesen wir hier:

„Rhein und Ruhr sind Marksteine auf dem Wege der Ueberwindung der Klassengegensätze, auf dem Wege zur Volksgemeinschaft, die allein die nationale Freiheit verbürgt!"

„Der Sieg ist unser, weil auf unserer Seite das Recht ist!"

„Was Ihr erreichen werdet, es ist nichts als Zerstörung, es sind nur Trümmer. Und die letzten werden Euch selbst unter sich begraben!"

„Und wehe dem deutschen Volke, das diese Stunde höchster Not nicht erkennt, nicht begreift, daß nur eines ihm frommen kann: Die Einheit der Nation!"

*

So hat sich dann die Zeitschrift weiter entwickelt als Spiegelbild unserer Arbeit, unserer Gedanken und unserer Vorschläge für die Schaffung eines an Allgemeinbildung, an Wissen und Können, aber auch an Berufsauffassung hochstehenden Ingenieurstandes. Von unseren Zielen, von unserer ganzen Haltung und Weltanschauung brauchten wir auch nichts aufzugeben, als vor 2 Jahren der lang ersehnte politische Umschwung eintrat; wir brauchten nicht „umlernen". Die Zeitschrift ist ein Zeugnis dafür, daß wir von jeher den Kampf gegen die Proletarisierung des Ingenieurs, gegen die Bewertung der technischen Arbeit als einer bezahlten Ware, gegen die Herabwürdigung von Technik und Industrie zu einer Geldverdienmaschine in den Händen weniger, die von ihr nichts verstehen, geführt haben. Der rechte Mann an die rechte Stelle, das war auch unser Grundsatz von Anfang an. Wie oft wurde von den Pflichten gesprochen, die den Rechten voranzugehen haben, wie oft von der Hingabe des einzelnen an die Allgemeinheit!

*

Man blättere in der Zeitschrift zurück bis zu den ersten Jahrgängen und man wird Hunderte von Belegen für das Gesagte finden. Die Zeitschrift stellt eine Geschichte des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure dar. Sie schildert Arbeit und Mühe, Erfolg und Versagen, Hoffnung und Enttäuschung, dann aber auch frohes Draufgängertum und wissenschaftliches Streben, Begeisterung und Liebe für die Technik, dieses ureigenste Schaffensgebiet des Ingenieurs. Eines jedoch schildert sie nicht, oder nur dem, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag, die seelische Not und den inneren Kampf, die in dem ständigen Streit nach außen und manchmal auch im Innern oft genug an diejenigen herantraten, die an erster und führender Stelle sich opfervoll und selbstlos der Verbandsarbeit bis auf den heutigen Tag widmeten. Ihr Opfer sollte für jeden Diplom-Ingenieur Ansporn sein, für die hohen Ideale des Verbandes weiterzukämpfen und in dem nächsten Jahrzehnt durchzusetzen, was in den verflossenen noch nicht erreicht werden konnte!

---

[1] Im Herbst 1920 wurde es klar, daß die schweren inneren Kämpfe um die „Gewerkschaftsfrage" den Verband an den Rand der Zerstörung gebracht hatten. Die alten Kämpfer für das bei der Verbandsgründung aufgestellte Ziel: die Schaffung eines altruistischen Ingenieurstandes — wollten aber lieber den Verband untergehen sehen, als ihn in die marxistische Klassenfront einschwenken lassen. In dieser Stunde der Not, in der es um die Idee des Verbandes ging, stellte sich Carl Weihe mir selbstlos für den Wiederaufbau zur Verfügung. Er übernahm am 1. Januar 1921 ehrenamtlich die Schriftleitung der Zeitschrift für die folgenden 8 Jahre. Die Jahrgänge 1921 bis einschl. 1928 zeugen von seiner opferfreudigen Arbeit im Dienste der Idee, zeugen von den Verdiensten, die sich Carl Weihe über den Verband hinaus für die Gesamtheit der technischen Akademiker und die deutsche Technik erworben hat.

K. F. Steinmetz.

Lynkeus:

Rundblick

Der Streit im technischen Berufskreis um die Berechtigung zur Führung der Bezeichnung „Ingenieur“ soll anscheinend in die Oeffentlichkeit getragen werden, um dadurch die Entscheidung zu beeinflussen oder sogar eine vollendete Tatsache zu schaffen.

Durch die Tagespresse geht allgemein eine von einer „Korrespondenz“ verbreitete Notiz unter der Ueberschrift: „Wer ist Ingenieur“ oder „Ende des Pseudo-Ingenieurs“ mit folgendem Wortlaut:

„Nach den Leitsätzen des Vereins Deutscher Ingenieure haben als Ingenieure nur solche Personen zu gelten, die die Diplomprüfung als Chemiker oder Architekt abgelegt haben oder geprüfte Absolventen von Bergakademien sind, ferner solche Personen, die auf dem Gebiet der Natur- oder Wirtschaftswissenschaften die abgeschlossene Bildung einer technischen Hochschule oder einer Universität nachweisen können, wenn sie mindestens zwei Jahre in der Technik tätig gewesen sind, das Abgangszeugnis einer staatlichen höheren Maschinenbauschule oder einer anderen gleichwertigen staatlichen oder nichtstaatlichen technischen Mittelschule besitzen, ferner Personen mit nicht abgeschlossenem Studium auf einer technischen Hochschule oder Bergakademie von mindestens dreijähriger Dauer, wenn sie mindestens fünf Jahre lang Ingenieurtätigkeit ausgeübt haben, schließlich Personen, die die vorstehend gekennzeichnete Vorbildung nicht aufweisen können, wenn sie nachweislich mindestens zehn Jahre lang Ingenieurtätigkeit ausgeübt haben.“

Hier wird also mit den „Leitsätzen“ des VdI, welche in Wirklichkeit Leitsätze für die Aufnahme von Mitgliedern in einen privaten Verein sind, von nicht verantwortlicher und nicht autorisierter Stelle die Oeffentlichkeit irregeführt. Und durch ein solches Verfahren werden die Bestrebungen der unmittelbar beteiligten Berufsgruppen, zu einer gerechten und befriedigenden Lösung dieser Berufsfrage zu kommen, empfindlich gestört.

Schon hat in der Tagespresse eine Erörterung eingesetzt, die nur geeignet ist, Oel in das Feuer zu gießen, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen und durch polemische Behauptungen den Widerspruch herauszufordern. Um ein Beispiel anzuführen, seien einige bezeichnende Sätze aus einer süddeutschen Zeitung wiedergegeben, in der die „Studentenschaft und der Nationalsozialistische Studentenbund an der Rheinischen Ingenieurschule Mannheim“ Stellung nehmen:

„Es ist uns ja schon seit langem bekannt, daß der VdI eine lediglich für die Interessenvertretung akademisch gebildeter Ingenieure bestimmte Organisation ist . . .“

„. . . ist festzustellen, daß es an und für sich vollkommen unbedeutend ist, welche Bedingungen eine höhere technische Lehranstalt bezüglich der Aufnahme in die Schule festgesetzt hat, es kommt vielmehr auf das Leistungsprinzip der betreffenden Schule an, d. h. darauf, was dem Studierenden geboten wird und insbesondere was er kann, wenn er die Schule nach bestandener Ingenieurprüfung verläßt.“

„Und gerade in dieser Hinsicht hat der Fachschul-Ingenieur den Vergleich mit dem Diplom-Ingenieur nicht zu fürchten, und als bester Beweis mag die Tatsache gelten, daß die bedeutendsten Firmen der deutschen Industrie in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen sind, auch bei der Besetzung wichtigster Stellen den Fachschulingenieur vor dem Diplom-Ingenieur besondere Beachtung zu schenken.“

„Wir protestieren daher schärfstens dagegen, daß der VdI seine Privatauffassung in die Oeffentlichkeit bringt und verwahren uns insbesondere dagegen, daß uns Fachschulingenieure der VdI mit denen gleichstellt, die keinerlei Ingenieurvorbildung haben und lediglich auf Grund einer zehnjährigen Praxis zur Führung des Ingenieurtitels berechtigt sein sollen.“

„. . . es ist aber nicht anders als mit Standesdünkel zu bezeichnen, wenn der VdI die überwiegende Mehrheit der deutschen Ingenieure nicht anerkennen will, nur weil sie statt der Technischen Hochschule eine hinsichtlich der Berufsausbildung so gut wie gleichwertige höhere technische Lehranstalt besucht haben — während für die verschwindend kleine Minderheit von nur 10 Prozent Akademiker durch den VdI in unverantwortlicher und heute nicht mehr angebrachter Weise Partei ergriffen wird.“

Es ist hier nicht Aufgabe, den sachlichen Irrtum richtig zu stellen, der in der Auffasung zum Ausdruck kommt, daß der Verein deutscher Ingenieure (VdI) eine „Interessenvertretung akademisch gebildeter Ingenieure“ sei, noch uns mit dem Vorwurf, im VdI werde „Standesdünkel“ gepflegt, auseinander zu setzen. Uns interessiert aber, daß die „bedeutendsten Firmen“ nicht bloß allgemein sondern auch bei Besetzung der „wichtigsten Stellen“ den Fachschulingenieur dem Diplom-Ingenieur vorziehen, und ferner die Gleichwertigkeit der höheren technischen Lehranstalten und der Technischen Hochschulen „hinsichtlich der Berufsausbildung“. Denn solche Behauptungen müssen den Zeitungsleser notgedrungen verwirren, der ohnehin das verwickelte technische Schulwesen nicht zu durchschauen vermag. Und der kritisch eingestellte Leser wird eine einfache Rechnung aufmachen und in heftiges Kopfschütteln über die Vergeudung von Volksvermögen ausbrechen, die durch die Unterhaltung von einem runden Dutzend Technischer Hochschulen betrieben wird.

Nichts sei gegen die Leistung der höheren technischen Lehranstalten gesagt, nichts gegen die Leistungen ihrer Absolventen. Aber diese Absolventen erweisen sich und ihren Lehranstalten keinen Dienst dadurch, daß sie in der Oeffentlichkeit diese Leistungen dadurch aufzuzeigen versuchen, daß sie die Leistungen der Technischen Hochschulen und ihrer Absolventen unter die eigene stellen, daß sie einen Vergleich ziehen, wo die notwendige gemeinsame Vergleichsbasis fehlt. Sie erweisen damit aber auch ganz gewiß der Regelung des technischen Berufskreises im neuen Staat und seiner Eingliederung keinen Dienst.

*

Fraglos haben die Gesetzgebung im nationalsozialistischen Staate, insbesondere das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, und die Errichtung und Weiterentwicklung der Deutschen Arbeitsfront früher kaum gehoffte

Fortschritte hinsichtlich der Beseitigung der Klassenidee, des Klassenkampfes usw. gebracht und den Boden bereitet für eine neue Lebens- und Arbeitsform in der Industrie. Es ist erfreulich zu beobachten, wie überall Wege gesucht und beschritten werden, um in den Betrieben die nun einmal gegebenen Spannungen zum Nutzen des Ganzen zu überwinden, natürliche Gegensätze auszugleichen und vor allem zwischen Führung und Gefolgschaft das notwendige Vertrauensverhältnis herzustellen. Zwar weiß die Tagespresse von bedauerlichen Fällen des Unverständnisses zu berichten, von unsozialer Einstellung einzelner Betriebsführer und deren verdienten Ahndung. Doch möge beachtet werden, daß die Zahl solcher Fälle recht gering gegenüber der Gesamtzahl der Betriebe in der so starken und reich gegliederten Industriewirtschaft ist und deshalb das Gesamtbild nicht zu trüben vermag.

Eines möge aber nicht vergessen werden: es ist ein Suchen nach Wegen, um die sozialen Gesetze und darüber hinaus die den neuen Staat tragende Idee der Volksgemeinschaft lebendig zu machen und den Betrieb mit dem neuen Geiste zu erfüllen. Da mögen manche Wege in eine Sackgasse führen; das aber bedeutet nichts, solange auf beiden Seiten des Dienstverhältnisses der gute Wille vorhanden ist und gegenseitig anerkannt wird.

Im Vordergrund muß bei allem Suchen auf neuen Wegen der Wille stehen, dem Dienstverhältnis eine ethische Grundlage zu geben. Die Wirtschaftsform der Vergangenheit hat zu einer vollständigen „Entpersönlichung" des Dienstverhältnisses geführt. Hier muß der Hebel eingesetzt werden. Nicht um eine „Anbiederung" von der einen oder der anderen Seite handelt es sich; solches wäre nur geeignet, zu zerstören und nicht aufzubauen. Und entspricht nicht dem tieferen Sinne des Gewollten. Vielmehr müssen die herzustellenden persönlichen Beziehungen gesunde und natürliche sein, getragen von gegenseitiger Wertschätzung der Menschen als solcher, gegenseitiger Anerkennung und Hochachtung der Leistung im Rahmen der Gemeinschaftsarbeit mit dem Fundament des wechselseitigen Vertrauens.

Verhältnismäßig leicht wird ein Erfolg in kleineren und mittleren Betrieben mit zahlenmäßig geringer Gefolgschaft sein; denn hier ist der Erfolg fast nur eine Personenfrage des Gefolgschaftsführers; er kann mit jedem Gefolgschaftsmann in persönliche Beziehung treten, ihn kann jedes Gefolgschaftsmitglied als Mensch kennen und schätzen lernen. Schwieriger liegen schon die Dinge im größeren Betrieb und besonders im Großbetrieb. Der beste Wille kann an den Gegebenheiten, allein schon den räumlichen, scheitern. Hier hat aber der Betriebsingenieur als Bindeglied und Mittler eine verantwortungsvolle aber auch schöne Aufgabe! Der Ingenieur ist der natürliche Führer des Arbeiters; nicht zuletzt hat seine Ausschaltung in der Vergangenheit aus diesem Amte zur Vertiefung der Gegensätze geführt. Denn von allen jenen, die sich der Arbeiterschaft als „Führer" präsentierten, die sattsam bekannten „Literaten" und „Intellektuellen", war nicht einer wahrhaft arbeitverbunden. Und von allen akademischen Berufsträgern, von denen manche glaubten, sich des Arbeiters „annehmen" zu müssen, hat keiner einen Hauch von dem Wesen der „Handarbeit" verspürt. Der Ingenieur allein blieb immer eng auch mit dieser verbunden, und kein Ingenieur, ob er aus der Fachschule oder Hochschule hervorgegangen war, der nicht selbst die „Handarbeit" betrieben hat.

So wird es bei allen Wegen, die man auch einschlagen möge, ohne den Ingenieur nicht gehen . Die Ingenieure in den Betrieben, sei es in der Werkstatt oder in dem Konstruktions- oder dem Verwaltungsbüro, sie werden freudig diese mit hoher Verantwortung gepaarten Pflichten übernehmen, die sie aber im Interesse des Zieles nicht werden erfüllen können ohne hohe Berufsauffassung, die sich auf der Zugehörigkeit zu einem verpflichtenden Berufsstand gründet, der ihnen den nötigen Rückhalt und die erforderliche Berufsfreiheit gibt, geistig und materiell.

Es ist von besonderem Interesse zu hören, daß einer der größten Betriebe Deutschlands — die I. G. Farbenindustrie — in Leuna einen Weg zur Verlebendigung der Betriebsgemeinschaft beschritten hat, indem in Leuna regelmäßige „Stunden der Aussprache" eingeführt wurden. Jedes Mitglied der Gefolgschaft soll in diesen „Stunden" sich mit dem Betriebsführer aussprechen können. Mit großer Aufmerksamkeit wird dieser Versuch verfolgt werden müssen!

Für uns im Verbande Deutscher Diplom-Ingenieure ist dieser Weg an sich kein Novum. Schon 1920 wurde der Versuch gemacht, der wachsenden „Entpersönlichung" in der Industrie und dem Schwinden des vertrauensvollen Dienstverhältnisses zwischen Firmaleitung und den Ingenieuren Einhalt zu gebieten. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Ingenieur seine über das rein fachliche hinausgehenden Aufgaben nicht erfüllen könne, wenn er selbst in das unpersönliche „Angestelltenverhältnis" versetzt wird. Aussprachen in Rheinland-Westfalen mit den maßgebenden Stellen, die volles Verständnis hatten, führten zu einem Abkommen mit der „Nordwest", durch das ein Fundament geschaffen wurde, auf dem in dem gedachten Sinne weitergebaut hätte werden können. Und 1924 wurde von der Verbandsleitung versucht, diesen Weg weiterzugehen; sie fand zwar Verständnis bei der Spitzenorganisation der Industrie, aber die Zeit war offenbar noch nicht reif für die Durchsetzung solcher Gedanken. Das zeigte sich auch bei analogen Versuchen, die später bei einzelnen Großfirmen der Berliner Industrie seitens des Verbandes unternommen wurden.

Jetzt ist der Boden aufbereitet, die Idee ist Allgemeingut geworden und reif zur allgemeinen Verwirklichung. Zur Durchführung stehen die Ingenieure bereit, man gebe ihnen nur auch die notwendige Voraussetzung: die organische Eingliederung in die Volksgemeinschaft durch die Schaffung des volks- und berufsverbundenen Ingenieurstandes.

*

„Erhaltet die schöpferische Kraft des Nachwuchses!" Unter dieser Schlagzeile veröffentlichte der Reichsjuristenführer Dr. Frank in der Tagespresse einen Aufruf, für den ihm alle „Arbeiter der Stirn" nur dankbar sein können, wenn auch der Aufruf natürlicherweise sich besonders mit dem Nachwuchs der juristischen Berufe befaßt. Die Not des juristischen Nachwuchses ist zweifellos groß und wirkt sich bedrohlich aus. Und was Dr. Frank im allgemeinen über den Geistesarbeiter und seine Mission ausführt, das trifft nicht minder auch für die Ingenieure zu. Nur daß bei ihnen die wahre Lage schwer zu durchschauen ist, weil der technische Berufskreis im wesentlichen im neuen Staat noch eine „liberalistische Insel" bildet. Während andere Berufe durch Neuordnung planmäßig erfaßt und geregelt werden, der juristische Beruf nicht an letzter Stelle, oder in der Erfassung begriffen sind, ist bei den

Ingenieuren kaum der Anfang gemacht. Sie stehen in den verschiedensten Lagern, und es steht gar nicht fest, wer nun eigentlich zum Ingenieurberuf gerechnet werden darf. Das und die vollständige Erfassung ist aber notwendig, wenn Klarheit über die Lage des Berufes geschaffen werden soll. Diese Klarheit liegt aber in erster Linie im Interesse von Staat und Volk. Wenn Dr. Frank an einer Stelle sagt:

> „Unser juristischer Nachwuchs kann seine große Aufgabe, Mittler zwischen Volk und Recht sowie Schöpfer einer deutschen Rechtsordnung zu sein, nicht erfüllen, wenn er in der Auffassung heranwächst, daß man seine Daseinsberechtigung bezweifelt. Wir müssen uns deshalb gegenüber dieser geistigen Not unserer Jugend immer wieder bekennen zu der Ueberzeugung, daß der Rechtswahrer, insbesondere der juristische Nachwuchs, wie der geistige Nachwuchs überhaupt, ein wesentlicher Bestandteil der völkischen Gemeinschaft ist.“ —

so dürfen die deutschen Ingenieure sich einbegriffen fühlen, denn wer wollte leugnen, daß sie im Rahmen der Volksgemeinschaft und des Staatsaufbaues eine große Aufgabe haben, daß sie wesentlicher Bestandteil der völkischen Gemeinschaft sind und deshalb ihr Lebensrecht haben, ohne das sie heute und noch weniger in der Zukunft ihre große Aufgabe nicht erfüllen können! Die Ingenieure wollen nichts anderes, nicht mehr und nicht weniger als das, was der Reichsjuristenführer zum Ausdruck brachte: „der Geistesarbeiter darf mit Recht den Schutz der Gemeinschaft ebenso verlangen wie jeder andere Arbeiter in Deutschland auch“ und „wir haben allen Anlaß zu betonen, daß nicht Sonderrechte konstruiert werden sollen“. Die Ingenieure wollen das Recht haben, Pflichten Staat und Volk gegenüber zu erfüllen, weil sie sich bewußt sind, daß es sicher nicht ohne Mittler zwischen Volk und Recht und Schöpfer deutscher Rechtsordnung geht, aber auch nicht ohne Ingenieurschaffen und Ingenik. Deshalb müssen die deutschen Ingenieure die Forderung stellen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, um „es allen anderen Volksschichten an Bereitschaft im Dienste der Gemeinschaft nicht nur gleichtun zu wollen, sondern auch gleichzutun.“

*

Auf dem Wege der Neugestaltung der deutschen Hochschulen ist durch das „Gesetz über Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern“ seitens der Reichsregierung ein weiterer Schritt getan worden. Dem Erlaß dieses Gesetzes unmittelbar vorangegangen war die Bildung des einheitlichen „Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“. Damit und mit der Möglichkeit der Versetzung von Hochschullehrern soll die Voraussetzung einer organischen Gestaltung des Hochschulwesens im ganzen Reiche gegeben werden, wobei jede Hochschule entsprechend ihrer Geschichte und entsprechend der Landschaft ihren Eigenwert und besonderen Charakter erhalten soll. Mit dieser Entwicklung werden die bisherigen „Landeshochschulen“ nunmehr allmählich „Reichshochschulen“ werden.

Die Technischen Hochschulen werden von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben dürfen. Gerade die eingeleitete Entwicklung verlangt die organische Verbindung der Technischen Hochschulen mit den künftigen Reichsuniversitäten bzw. die Umgestaltung von Technischen Hochschulen zu solchen Reichsuniversitäten mit einem der geschichtlichen Entwicklung und der Landschaft, in der sie gewachsen sind, angepaßten Charakter.

*

Nunmehr ist im Heilberuf die Regelung des Standes der Apotheker erfolgt. In diesem Berufskreis bestand seit 1872 der „Deutsche Apotheker-Verein“, dem ursprünglich alle Apotheker angehörten, gleichgültig, ob sie Besitzer oder Dienstnehmer der Apothekenbesitzer waren. Später traten Spaltungen ein und unter der Vorherrschaft von Liberalismus und Marxismus schlossen sich die Apotheken-Dienstnehmer Gewerkschaften an. Im April 1933 wurde im neuen Staat der „Deutsche Apotheker-Verein“, der damals im wesentlichen die Apothekenbesitzer umschloß, umgebildet in eine „Standesgemeinschaft Deutscher Apotheker“, die sich das Ziel setzte, alle Apotheker zu erfassen. Nunmehr hat diese Organisation den Namen „Die Deutsche Apothekerschaft“ erhalten und wurde staatlich als Organisation des Apothekerstandes anerkannt. Der „Reichsapothekerführer“ wird vom Reichsminister des Innern bestellt, ein Führerbeirat steht ihm zur Seite.

Die „Deutsche Apothekerschaft“ ist nunmehr die alleinige Vertretung aller deutschen Apotheker, und zwar der Apothekenleiter wie der Apothekenmitarbeiter. Sie sorgt für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Apotheker untereinander und mit den anderen Berufen des Gesundheitswesens, unterhält den Verkehr mit den Behörden, wacht über die Berufsehre und Berufsethik der Apotheker; sie fördert die Ausbildung zum Apotheker und die Weiterbildung der Apotheker; tritt dafür ein, daß eine genügende Zahl von Apotheken die Arzneiversorgung der Bevölkerung gewährleistet und sorgt dafür, daß die Apotheken entschuldet und die Apotheker und ihre Hinterbliebenen vor Not geschützt werden.

Durch eine Berufsgerichtsbarkeit in Verbindung mit einer vom Reichsapothekerführer zu erlassenen Berufsordnung werden etwaige Verstöße der Apotheker gegen die Anordnungen des Reichsapothekerführers und die Berufsehre geahndet.

*

Hier wurde wiederholt auf die Zeitschrift „Deutsche Technik“ hingewiesen, die über den Rahmen der üblichen technisch-fachlichen Zeitschriften hinausgeht; einmal in der Richtung, daß sie über die verschiedensten Gebiete des fachlichen Ingenieurschaffens und über dessen Fachliteratur unterrichtet, also polytechnisch orientiert ist, und zum anderen, indem sie das technische Schaffen in Beziehung zum weltanschaulich-politischen Leben setzt. So bezeichnet sich die Zeitschrift deshalb auch als „technopolitisch“ und stellt damit in Wahrheit ein verbindendes Organ dar. Vertieft wird neuerdings diese Einstellung durch die Herausgabe „in Verbindung mit dem Amt für Technik der NSDAP“. Im vorliegenden Januar-Heft des 3. Jahrganges (1935) kommt diese Verbindung äußerlich zum Ausdruck durch die Aufnahme einer Beilage „Mitteilungen des Amtes für Technik der NSDAP“, in der alle wichtigen Verfügungen, Veröffentlichungen usw. aus diesem Amte zur Kenntnis gebracht werden. Es ist anzunehmen, daß durch diese Verbindung mit dem „Amt für Technik“ künftig der technopolitische Inhalt der Zeitschrift stark beeinflußt wer-

den wird, wodurch die Zeitschrift noch mehr als bisher Einfluß auf die Führung und Steuerung des technischen Schaffens im neuen Staate ausüben dürfte.

Es darf hier daran erinnert werden, daß schon 1933 die wegeweisende Arbeit im VDDI hinsichtlich der sinn- und zweckhaften Eingliederung des technischen Berufskreises die Errichtung eines solchen Amtes zur Steuerung der „Technik" vorsah, und daß der vom VDDI 1934 aufgestellte beispielhafte Plan der Organisation des technischen Berufskreises ein „Amt für Staatstechnik" enthielt, dem die Auswertung und Steuerung sowie Aufgabenstellung des Ingenieurschaffens zum gemeinen Nutzen als besondere Aufgabe vorgezeichnet wurde. Die ungewöhnliche Bedeutung eines solchen Amtes, wie es später im „Amt für Technik der NSDAP" tatsächlich verwirklicht wurde, leuchtet ohne weitere Erläuterung ein. Aber auch die starke Verantwortung, welche ihm überantwortet wurde. Es wird seine Aufgabe — von den Persönlichkeiten abgesehen, auf die es in erster Linie ankommt, — nur dann voll erfüllen können, wenn es sich auf einen starken volks- und berufsverbundenen Ingenieurstand stützen kann und wenn seine Arbeit in der breiteren Oeffentlichkeit den notwendigen Widerhall findet. Man plaudert kein Geheimnis aus, wenn man sagt, daß das Verständnis für die Aufgabe und die Arbeit des Amtes noch nicht überall vorhanden ist, weder in der industriellen Wirtschaft noch in der Allgemeinheit. Zur wirkungsgradlichen Arbeit braucht das Amt aber dieses Verstehen und darüber hinaus das Vertrauen. Beides zu wecken, zu vertiefen und zu erhalten, dazu wird die „Deutsche Technik" sehr wesentlich beitragen müssen und wird es, wenn sie zielbewußt und wie bisher unabhängig von irgendwelchen Sonderinteressen auf dem seit ihrem Bestehen eingeschlagenen Wege vorwärtsschreitet.

Damit ist diese Zeitschrift auch weiterhin Bundesgenosse der Arbeit im VDDI, die auf die Wertung und Geltung des Ingenieurschaffens, der Heraushebung aus sekundärer wirtschaftlicher Einschätzung und auf die Eingliederung der Ingenieurarbeit in die Gesellschaftsarbeit, der Ingenik in die Kultur gerichtet ist. Deshalb darf die Zeitschrift auch erwarten, daß sie in ihrem Streben von den deutschen Diplom-Ingenieuren unterstützt wird.

*

Wenn ein Ingenieur auf einen weitsichtbaren Posten in der Staatsverwaltung, in der Politik usw. gestellt wird, so kann man beobachten, daß er viel schärfer unter die Lupe genommen und seine Arbeit einer nicht immer nur von sachlichen Gesichtspunkten getragenen Kritik unterworfen wird. Denn allgemein und besonders bei jenen Berufsträgern, die traditionell für solche bestimmende Stellen glauben berufen zu sein, herrscht die Meinung, daß ein Ingenieur nun einmal ein Fachmann ist, der lediglich mit Baustoffen, mit Zirkel und Lineal umgehen kann, und erst dann ein richtiger „Ingenieur" ist, wenn er eine „Erfindung" gemacht hat. Aber er wird nicht eingeschätzt als ein „gebildeter deutscher Mann", dessen fachliches Wissen und Können sich auf einer breiten Basis allgemeiner Bildung aufbaut, genau so wie bei den Trägern anderer wissenschaftlicher Berufe. Und noch hat es sich nicht allgemein herumgesprochen, daß die Wissenschaft des Ingenieurs, die Ingenik, nicht bloß eine wirtschaftliche, vor allem industrielle Angelegenheit ist und demnach nur privates Interesse zu beanspruchen hat. Erst wenn die Ingenik in die Kultur, das Ingenieurschaffen in die Gesellschaftsarbeit eingegliedert ist, kann eine Wandlung in dieser Hinsicht erwartet werden.

Und wenn nun ein solcher Ingenieur versagt, dann wird der Einzelfall symptomatisch gedeutet. Immer wird ein solcher Fall als Beweis dafür ausgewertet, daß die Ingenieure zu nichts anderem berufen sind wie zur reinen Facharbeit, zum „richtigen Zusammenfügen von Baustoffen". Es gibt manche Fälle, in denen beispielsweise ein Jurist in der Wirtschaft usw. versagt hat. Niemals ist es deshalb der Allgemeinheit und auch den Ingenieuren eingefallen, die juristische Ausbildung als ungeeignet für Männer in leitenden Stellen zu bezeichnen. Denn es kommt nicht so sehr auf die spezielle fachliche Berufsbildung hierbei an, sondern — von der Persönlichkeit abgesehen — in erster Linie auf die einen weiten Blick und die Fähigkeit zum Erkennen des Wesentlichen verleihende allgemeine und wissenschaftliche Durchbildung.

Neugestaltung der Ausbildung für den Ingenieurberuf

Der Vorstand des Bezirksvereins Berlin, unter Leitung seines Vorsitzenden Direktor Dipl.-Ing. M. Böttcher, hat sich eingehend mit der Frage der Neugestaltung der Ingenieurausbildung befaßt unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines einheitlichen Ingenieurstandes. Das Ergebnis dieser Arbeiten hat der BV-Vorstand in einem Schriftsatz zusammengefaßt, den wir hiermit zur Erörterung stellen. Unsere eigene Stellungnahme behalten wir uns vor. Die Schriftleitung.

Die Bildung einheitlicher straff zusammengefaßter und zielbewußt geführter Berufsorganisationen hat in den 2 Jahren nationalsozialistischer Führung fast in allen Berufskreisen bereits zu praktischen Ergebnissen geführt, wenn auch von einem Abschluß der Entwicklung noch nicht gesprochen werden kann. In auffallendem Gegensatz hierzu steckt die entsprechende Zusammenfassung der technischen Berufsträger und die Eingliederung ihrer Organisation in den neuen berufs- und wirtschaftsständisch gegliederten Staatsaufbau noch sehr in den Anfängen. Der Grund hierzu ist in hohem Maße in der völlig uneinheitlichen beruflichen Ausbildung des einzelnen und der dadurch bedingten Unmöglichkeit zu suchen, einen nach klaren Richtlinien gegliederten Berufsstand zum Träger und Führer einer umfassenden Organisation zu machen.

Diese Führergruppe im technischen Berufskreis zu bilden, d. h. einen staats- und berufsverbundenen Ingenieurstand höchster Leistungsmöglichkeit zu schaffen, um ihn in den Dienst der Gemeinschaft stellen zu können, ist das Ziel, zu dem der nachstehende Vorschlag für eine einheitliche Berufsausbildung einen Weg zeigen soll.

Abgesehen von der Aufstiegsmöglichkeit im praktischen Berufsleben, die dem besonders Befähigten gesichert werden muß, ist für den Regelausbildungsgang

eine feste Norm erforderlich. Im Mittelpunkt dieser Regelausbildung muß die technisch-wissenschaftliche Ausbildung stehen, also die Technische Hochschule.

Die Hochschule in ihrer heutigen Form und mit ihrer starren Lehrplangestaltung kann jedoch nicht die Grundlage für die Erreichung des obigen Zieles bilden. Sie muß vielmehr von Grund auf revolutioniert werden, mit dem Endziel, ihr wieder die ursprüngliche Bedeutung einer Hoch-schule zurückzugeben. Sie muß ihren jetzigen engen Fachcharakter verlieren und wieder befähigt werden, den Studierenden eine universelle wissenschaftliche „Bildung" zu vermitteln, wozu sie nach dem hier gemachten Vorschlag um so mehr in der Lage ist, als der Studierende bereits eine fachliche „Ausbildung" erhalten hat.

Das nebenstehende Schema gibt rein zeitlich einen Vergleich des bisherigen Ausbildungsganges auf den Höheren technischen Lehranstalten (H.T.L.) und den Technischen Hochschulen (T.H.) mit dem nachstehend erläuterten Vorschlag für eine Umgestaltung dieser Lehrgänge. Wir unterscheiden dabei zwischen 4 Ausbildungsstufen, und zwar: der allgemeinen Vorbildung auf der höheren Schule, der vorberuflichen, praktischen Tätigkeit in Werkstatt und Betrieb, der eigentlichen Berufsausbildung auf der H.T.L. und dem wissenschaftlichen Studium auf der T.H.

Der bisherige Regelausbildungsgang auf der H.T.L. und T.H. kann als bekannt vorausgesetzt werden, zeitlich umfaßt er:

H.T.L.: Höhere Schule bis O II-Reife, 2 Jahre praktische Tätigkeit, 5 Semester H.T.L.

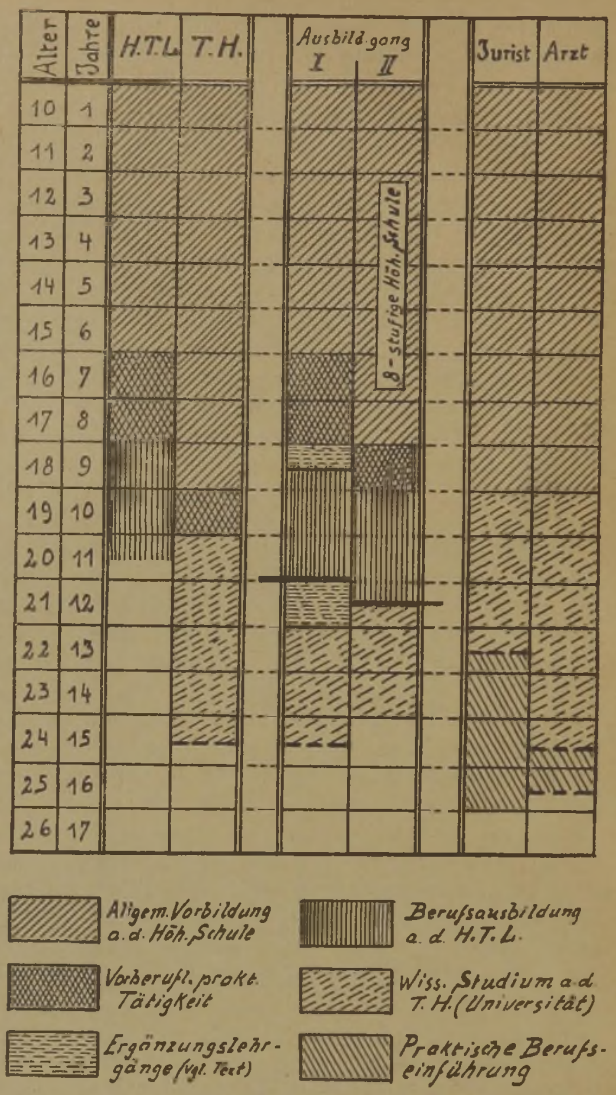
T.H.: Abitur, 1 Jahr praktische Tätigkeit, 8-9 Semester T.H.-Studium.

Nach vorliegendem Vorschlag sind 2 Lehrgänge vorgesehen, die beide zu dem Endziel führen können: der oben gekennzeichneten technisch-wissenschaftlichen Ausbildung auf der T.H.

Erster Ausbildungsgang: O II-Reife, mindestens 2 Jahre praktische Tätigkeit, 1 Semester Vorkursus (als Ergänzung für das in der Oberstufe der höheren Schulen gebrachte Pensum in den naturwissenschaftlichen Fächern Mathematik, Physik und Chemie), 5 Semester H.T.L. mit Abschlußprüfung (Berechtigung zur Ausübung des Ingenieurberufes). Für besonders befähigte Absolventen 2 Semester seminaristisch gehaltener Unterricht mit dem Ziel: Abitur, Zulassungsprüfung zur T.H., 5 Semester T.H.-Studium.

Zweiter Ausbildungsgang: Abitur, mindestens 1 Jahr praktische Tätigkeit, 5 Semester H.T.L. mit Abschlußprüfung entsprechend erstem Ausbildungsgang, 5 Semester T.H.-Studium.

Bei Gestaltung der Lehrpläne der H.T.L.-Lehrgänge kann damit gerechnet werden, daß die Besucher beider Kategorien die gleichen Voraussetzungen für den Unterricht mitbringen. Im zweiten Falle soll die Abschlußprüfung der H.T.L. gleichzeitig Zulassungsprüfung zur T.H. sein, derart, daß die besten zum weiteren wissenschaftlichen Studium zugelassen werden. Die Zeit auf der H.T.L. soll dazu benutzt werden, ohne übermäßige Belastung durch theoretisch-wissenschaftliche Vorlesungen grundlegende Kenntnisse für die praktische Berufsausübung zu vermitteln. Mathematik, Mechanik, Thermodynamik, Strömungslehre und Physik werden nur soweit gebracht, als sie zum unmittelbaren Verständnis der



praktischen Fächer erforderlich sind. Bei den praktischen Fächern wird bewußt auf die bisher übliche weitgehende Spezialisierung verzichtet. Dafür wird das Hauptgewicht auf Konstruktionslehre (Maschinenelemente) gelegt und nur eine größere Konstruktionsaufgabe eingehend behandelt. Mit Rücksicht darauf, daß die Absolventen der H.T.L. nach 5 Semestern „berufsreif" sein sollen, muß der Lehrplan in dem erforderlichen Maße auch staatskundliche, volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Vorlesungen enthalten.

Es wird damit erreicht, daß für das anschließende wissenschaftliche Studium auf der T.H. die Fächer Mechanische Technologie, Betrieb von Fabriken und die Spezialvorlesungen, wie: Lasthebemaschinen, Wasserkraftmaschinen, Werkzeugmaschinen und Arbeitsmaschinen von den damit verbundenen, sehr zeitraubenden Konstruktionsaufgaben befreit werden können. Die gewonnene Zeit wird für die wissenschaftliche Weiterentwicklung und Vertiefung der in ihren mehr praktischen Grundlagen auf der H.T.L. gebrachten Fächer verwendet. Auch hierbei sollen die abstrakten Wissenschaften immer in lebendigem Zusammenhang mit den praktischen Erfordernissen behandelt werden.

Der vorstehend kurz skizzierte Vorschlag zeigt den einfachsten Weg zur Schaffung eines einheitlichen Berufsstandes. Bei seiner Aufstellung waren folgende Hauptgesichtspunkte bestimmend:

Wirtschaftlichste Berufsausbildung, d. h. kürzester Weg zur Berufsreife für einen größeren Mittelkreis.
Schärfste Auswahl für die Führergruppe.
Wahrung weitestgehender Einheitlichkeit.
Sicherung von Aufstiegsmöglichkeiten.

Aus den Forderungen der Praxis ergibt sich rein zahlenmäßig ein überwiegender Bedarf an fachlich gut geschulten, mit ausreichenden, nicht überflüssigen theoretischen Kenntnissen ausgerüsteten Ingenieuren. Dieser Bedarf wird aus dem Kreis der Absolventen der H.T.L. gedeckt, für die die gleichen Zulassungsbedingungen wie bisher (0 II-Reife + 2 Jahre Praxis) beibehalten sind, um damit den weiteren Abbau eines überspitzten Berechtigungswesens zu fördern.

Zur Weckung und Festigung des Gemeinschaftsempfindens und zur Beseitigung des z. Zt. noch vielfach bestehenden Gegensatzes zwischen H.T.L.-Absolventen und Diplom-Ingenieuren werden die Studierenden beider Lehrgänge auf der H.T.L. in gemeinsamem Unterricht zusammengefaßt. Um den gemeinsamen Unterricht durchführen zu können, werden die Kenntnisse der Studierenden des Ausbildungsganges I in dem Vorkurs in den naturwissenschaftlichen Fächern auf den Stand derjenigen der Abiturienten ergänzt. Am Schluß der 5 Semester H.T.L. legen sämtliche Studierenden eine einheitliche Prüfung ab, deren Bestehen allgemein zum Eintritt in den Beruf berechtigt, während heute der T.H.-Student nach dem zeitlich gleichliegenden Vorexamen keine abgeschlossene Berufsausbildung hat.

Aus dem Schema ist ersichtlich, daß der nichtmature H.T.L.-Absolvent bereits mit 20 Jahren berufsreif ist, woraus sich ohne weiteres ein starker Anreiz ergibt, auf das Abitur zu verzichten, um so mehr da der Weg zur T.H. auch für diese Gruppe später noch freisteht.

Infolge der hierdurch geförderten Beschränkung der Frequenz der Oberstufe wird eine Hebung des Unterrichtsniveaus erreicht, so daß die endgültige Entscheidung über die Berufswahl bei den Abiturienten nicht nur in höherem Lebensalter, sondern auch auf dem Boden einer guten Allgemeinbildung in Verbindung mit einer einheitlichen Geisteshaltung erfolgt, soweit diese als Ergebnis einer stärkeren Vereinheitlichung des bisher schon zu früh spezialisierten Schulwesens erwartet werden kann.

Auch die Nichtabiturienten sichern sich durch eine gute Prüfung die Berechtigung zum Besuch der T.H.; allerdings unter der Voraussetzung des Besuches eines einjährigen Vorbereitungskursus (evtl. Besuch einer Oberstufe), dessen Abschlußprüfung trotz seiner zeitlichen Beschränkung in jeder Beziehung dem Vollabitur gleichzustellen ist. Denn die allgemeine Bildung und geistige Reifung wird bis zu einem wesentlichen Grade auch durch naturwissenschaftlich-technische Unterrichtsfächer gewährleistet. Gegenüber dem Regelfall hat diese Vorschrift keinen Zeitverlust zur Folge (s. Schema) und schafft nun auch für das T.H.-Studium völlig gleiche Voraussetzungen bei allen Studierenden.

Der vorgeschlagene Ausbildungsgang bedingt bei den hier noch mit H.T.L. bezeichneten Lehranstalten eine streng einheitlich durchgeführte Lehrplangestaltung unter staatlicher Aufsicht, d. h. Verzicht auf die vielen völlig verschiedenen Ingenieurschulen, Akademien, privaten Lehranstalten und dergleichen.

Für die Hochschule als das Institut, aus welchem der Nachwuchs für die Führergruppe des Ingenieurstandes hervorgehen soll, ergeben sich aus dem Vorgeschlagenen Erleichterungen und Verpflichtungen. Zahlenmäßig und dem Lehrstoff nach ist die T.H. weitgehend entlastet. Der Studierende wählt nach freiem Ermessen, ohne den Zwang vorgeschriebener Prüfungspläne seine Vorlesungen, durch die ihm nicht nur Fachwissen, sondern auch allgemeine Wissenschaften, kulturpolitische oder staatspolitische Kenntnisse vermittelt werden.

Ein so gestaltetes universelles Studium befähigt den Ingenieur nicht nur zur industriellen-wirtschaftlichen Betätigung, sondern gibt ihm als „gebildeten deutschen Mann" auch die Eignung zur Bekleidung jedweder führenden Stellung in Wirtschaft und Staat. Dieses Ziel muß erreicht werden, wenn der drohenden Abwanderung gerade des befähigten Nachwuchses gesteuert werden soll, der, besonders bei der Einstellung der heutigen Jugend, naturgemäß den Beruf wählt, der ihm den größtmöglichen Wirkungskreis im Dienste der Volksgemeinschaft bietet. Der Verlust dieses qualitativ hochstehenden Nachwuchses aber bedeutet die Gefährdung des gegenwärtigen hohen Standes und der künftigen Weiterentwicklung deutschen Ingenieurschaffens.

Dipl.-Ing. **Gustaf Adams** in Darmstadt:

Der Ingenieur-Beruf im berufsständischen Aufbau

Wir stellen die nachfolgenden Ausführungen zur Besprechung als einen weiteren Beitrag zur Lösung der „Ingenieurfrage" im neuen Staat. Die Schriftleitung.

Die seit Jahren umstrittene Frage der Ausbildung und Berufsbezeichnung der Diplom-Ingenieure hat in letzter Zeit wieder einen kräftigen Auftrieb erfahren. Noch ist keine Entscheidung über die endgültige Gestaltung der vorgesehenen Reichskammer der Technik gefallen, und es erscheint angebracht, die Frage innerhalb der Fachkreise sachlich zu erörtern, um damit vorbereitende Arbeit für den Aufbau der Kammer zu leisten. Die eine Seite des Problems liegt in der von verschiedensten Stellen angestrebten „Reform der Hochschulen", die andere in der „Berufsbezeichnung". Als Angehöriger der jüngeren Generation, die, aus dem Kriege zurückgekehrt, die Technische Hochschule bezog und jetzt etwa 10 Jahre in der Praxis steht, glaube ich, im Sinne vieler Kollegen folgendes zur Sache sagen zu dürfen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die heutige Technische Hochschule sich allzu stark zur Fachschule entwickelt hat. Die tiefere Ursache für diese Erscheinung liegt in dem Verlangen der Industrie nach ausgesprochenen „Fachkräften". Nicht der Elektrotechniker als solcher wird gesucht, sondern der „Starkstromtechniker", der „Bahnfachmann", der „Elektro-Maschinenbauer", der „Hochfrequenztechniker" und wie die einzelnen Sparten alle heißen. So entwickelte sich folgerecht die Technische Hochschule innerhalb ihrer einzelnen Abteilungen zu Spezial-Abteilungen, und das Ende ist noch

keineswegs abzusehen. Die einzelnen Lehrpläne versuchten zwar in etwa eine Ueberbrückung der verschiedenen Aufgabengebiete herbeizuführen, doch das Ergebnis war die bekannte Ueberlastung der Studierenden durch allzu viele Einzel-Vorlesungen und -Uebungen. Das ursprüngliche Ziel der Technischen Hochschule, nämlich eine „universitas technica“ zu werden, wurde mit der Zeit in ihr Gegenteil verkehrt, sehr zum Schaden des akademisch gebildeten Ingenieurs. Wie kann dieser Entwicklung, die die Technische Hochschule und ihre Absolventen zwangsläufig in Gegensatz zu den eigentlichen technischen Fachschulen bringen mußte, aufgehalten werden? Doch wohl nur dadurch, daß die Technische Hochschule zur Universität zurückgeführt wird! Diese Erkenntnis ist in Kreisen unseres Berufsstandes heute fast allgemein, und die in einzelnen Fällen vorhandenen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten müssen so oder so überwunden werden; Vorschläge darüber sind schon verschiedentlich gemacht worden. Es kann nicht bestritten werden, daß die Höheren technischen Lehranstalten zum großen Teile im Laufe der Jahre zu ebensogut eingerichteten wie geleiteten Fachschulen im besten Sinne herangewachsen sind, die durchaus in der Lage sind, der Industrie die benötigten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus benötigt aber sowohl die Industrie, als auch die öffentliche Energie-Versorgung der Behörden und Gemeinden, ebenso Reichsbahn- und Reichspost-Verwaltung u. a. technische Kräfte, die eine wirklich allgemein umfassende Ausbildung erfahren haben. Dies ist so zu verstehen, daß der akademisch gebildete Ingenieur nicht nur ein Höchstmaß an technischem Wissen, sondern auch ein ansehnliches Maß von volkswirtschaftlichen, juristischen und auch Verwaltungs-Kenntnissen besitzen muß. Der so vorgebildete Ingenieur wird vielseitige Verwendung finden können und in der Lage sein, in beachtlichem Maße Stellen zu bekleiden, die jetzt noch anderen akademischen Berufsständen — recht oder unrecht — vorbehalten sind.

Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, welcher seit jeher diese Forderung erhebt, hat neuerdings einen starken Befürworter seiner Ideen in Professor Dr. Luer, Frankfurt a. M., gefunden. Dieser behandelte in seiner Antrittsvorlesung am 12. November an der Universität Frankfurt a. M. auch die Reform des volkswirtschaftlichen Studiums. Seine Gedanken gipfeln in der Erkenntnis, daß die jetzigen Fachhochschulen den Universitäten einzugliedern sind. Was hier für die Handelshochschulen und einzelne volkswirtschaftliche Fakultäten an Universitäten gilt, gilt in verstärktem Maße für die Technischen Hochschulen. Die gleiche Entwicklung hat sich in Preußen mit den landwirtschaftlichen Hochschulen Poppelsdorf und Berlin angebahnt, die bekanntlich zu Fakultäten der Universitäten Bonn und Berlin umgestaltet wurden. Mögen hierbei finanzielle und organisatorische Gesichtspunkte ein entscheidendes Wort mitgesprochen haben, wir können die Tatsachen als gewichtige Meilensteine auf dem von uns als richtig erkannten Wege buchen.

Durch die vorgezeigte Lösung, d. i. die Verbindung mit oder die Umgestaltung der bisherigen Technischen Hochschulen zu Universitäten, wird auch einer Reihe bewährter technischer Fachschulen der Weg zu einer notwendigen Weiterentwicklung geebnet. Man gebe nunmehr diesen die allgemeine Benennung „Technische Hochschule“, ebenso wie man Fachschulen anderer Richtung das Prädikat Hochschule schon längst beigelegt hat, ich erinnere an Musik-Hochschule, Handels-Hochschule, Brauerei-Hochschule, Verwaltungs-Hochschule, Kunst-Hochschule u. dgl.; auch Volks-Hochschule und Bauern-Hochschule liegen auf diesem Gebiete. Der Begriff Hochschule wird damit zum Ausdruck für ein Schulwesen, das der Fortbildung in bestimmten Berufsfächern dient und gewisse Mindestforderungen an den Besuch dieser Schuleinrichtungen stellt, um eine Auslese von Fachkräften zu bewirken. Ein Maturitätszwang würde dem Charakter dieser Hochschulen ebenso widersprechen, wie die Promotionsberechtigung. Entscheidend für die Aufnahme in diese Fach-Hochschulen muß neben einer gewissen Allgemeinbildung die berufliche Eignung und Begabung bleiben. Den Absolventen wird es nach Fähigkeit und Neigung anheimgestellt, durch Fortsetzung des Studiums auf einer Universität eine abschließende wissenschaftliche Ausbildung zu erfahren. Die Erhebung bestehender höherer technischer Lehranstalten zu Hochschulen dieser Art muß natürlich an gewisse Voraussetzungen geknüpft werden, deren Bemessung die zuständigen Stellen festzulegen haben.

Mit einer solchen Regelung tritt die jetzige Technische Hochschule wieder in den Kreis der Universitäten zurück, sei es als Teil einer bestehenden, sei es in der Umwandlung zu einer neuen. Damit erhebt sich die Frage nach der Berufsbezeichnung der Universitäts-Ingenieure. Sie führt weiter zu einer Betrachtung der Berufs-Bezeichnung „Ingenieur“ an sich. In Ermangelung eines besseren möge man vorläufig mit dem Worte Ingenieur vorlieb nehmen, bis Zeit und Umstände einen Ersatz durch einen treffenden deutschen Ausdruck bringen. Vorschläge, die Bezeichnung Ingenieur bei uns, wie dies in Oesterreich beispielsweise der Fall ist, einzig dem akademisch gebildeten Ingenieur vorzubehalten, stoßen auf einmütige Ablehnung seitens der Fachschul-Absolventen und besitzen kaum Aussicht auf Verwirklichung. Auch erscheint es nicht angebracht zu sein, ein Stück bester Tradition unserer Technik auf Kosten eines Berufsstandes zu beseitigen. Folgender Weg scheint dagegen beiden Teilen und auch der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gerecht zu werden. Dabei ist zunächst von dem Verlangen auszugehen, dem Stande des Ingenieurs als solchem tieferen Inhalt und größeres Ansehen in der Oeffentlichkeit zu geben. Dies könnte dadurch geschehen, daß der Erwerb dieser Berufsbezeichnung an die Ablegung einer hochwertigen Prüfung zu binden wäre, was sowohl für die (Fach-) Hochschul- als auch Universitäts-Ingenieure zu gelten hätte. Ich möchte vorschlagen, den Absolventen der (Fach-) Hochschule als „Ingenieur-Anwärter“ zu entlassen, welcher nach zwei bis drei Jahren eine Ergänzungsprüfung zum „Hilfs-Ingenieur“ und nach einer Reihe weiterer Jahre die große Abschluß-Prüfung zum „Ingenieur“ abzulegen hätte, was nicht vor dem 28. Lebensjahre zu erfolgen hätte. Der Universitäts-Absolvent vermag auf Grund seiner allgemein-wissenschaftlichen Ausbildung eine Stufe zu überspringen, d. h. er verläßt die Universität als „Hilfs-Ingenieur“, um frühestens nach drei Jahren Praxis die große Staats-Prüfung zum „Ingenieur“ abzulegen. Während des Universitäts-Studiums könnte entsprechend dem jetzigen Vor-Examen eine Zwischenprüfung nach zwei bis drei Semestern zur Benennung als „Ingenieur-Anwärter“ führen, womit die Parallele zur (Fach-) Hochschul-Ausbildung restlos gegeben und be-

gründet wäre. Nach Umfang der Wissensgebiete erscheint es angebracht, das Universitäts-Studium auf zehn Semester auszudehnen, ein Ziel, das in den letzten Jahren ja schon für das Technische Hochschulstudium wiederholt als notwendig angesehen wurde.

Mit einer solchen Lösung, die man wohl als einen organischen Aufbau bezeichnen kann, dürfte den Belangen aller Beteiligten in weitestem Maße Rechnung getragen und damit ein weiterer Schritt zur Bereinigung leidiger Streitfragen aus einer vergangenen Zeit getan sein.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz in Berlin:

Vom Arbeitsraum der Diplom-Ingenieure

Das Problem des Arbeitsraumes ist kein gewissermaßen in sich geschlossenes, in der Verbandsarbeit für sich stehendes Arbeitsgebiet, etwa sich erschöpfend in der Arbeitsvermittlung und der Beobachtung des „Arbeitsmarktes". Es muß im Rahmen der gesamten Berufsfragen betrachtet werden, und so wurde es auch im Verbande stets in enge Verbindung mit den Berufsfragen gesetzt. Das Problem steht u. a. in unmittelbarer Beziehung zu der Ausbildungsfrage; denn von ihrer Regelung hängen die Tätigkeitsgebiete für den Diplom-Ingenieur ab. Schon früher haben wir darauf hingewiesen, daß zum Nachteil des Ganzen, von Staat und Volk, der Arbeitsraum des Diplom-Ingenieurs im wesentlichen auf die engere fachliche Tätigkeit sich beschränkt; damit wurde der Diplom-Ingenieur in der Verwaltung zwar geschätzter Sachbearbeiter und Sachverständiger, während aber die Führung und der bestimmende Einfluß anders vorgebildeten Kräften überlassen blieb, die vielfach infolge ihrer Einstellung zum Ingenieurschaffen und Ingenieurwesen nicht immer so entschieden haben, es auch nicht konnten, wie es dem Nutzen der Allgemeinheit entsprochen hätte. Und der Diplom-Ingenieur in der Industrie und Wirtschaft wurde zum Spezialisten, mußte zum Spezialisten werden, wodurch er normalerweise zeitlebens industriegebunden wurde. Von der Industriegebundenheit zur Industrieverbundenheit ist nur ein kleiner Schritt. Die Berufsmöglichkeit im Freien Berufe als freischaffender Ingenieur war und ist so gering, daß sie gegenüber der großen Zahl der beamteten, insbesondere aber der Industrie-Ingenieure keine merkliche Rolle spielt.

Betrachtet man dem gegenüber den juristischen Beruf, so erkennt man, welch ein erweiterter Arbeitsraum diesem Beruf über das eigentlich Fachliche des Berufes hinaus zur Verfügung steht. Und in der neuen „Justizausbildungsordnung" ist zum Ausdruck gebracht, daß der Jurist „als gebildeter Mann" zu werten sein muß. Das heißt doch wohl, daß er nicht nur als „Rechtstechniker" anzusprechen ist, als Mann der nur mit Paragraphen umgehen kann, der sich nur mit den engeren Fragen der Rechtfindung usw. zu beschäftigen hat. In weiten Kreisen aber schätzt man den ebenso wie den Juristen wissenschaftlich ausgebildeten Diplom-Ingenieur lediglich als einen Mann ein, der mit Zirkel und Dreieck, mit Bausteinen und Eisen umgehen kann, der Baustoffe nach bestimmten Methoden zusammenfügt der aber nicht auch dazu berufen ist, kulturelle Arbeit zu leisten. Der Beruf des Ingenieurs wurde und wird lediglich als wirtschaftliche Tätigkeit eingeschätzt und nicht als wissenschaftlicher Beruf.

So sind deshalb die Bemühungen des Verbandes um die Hochschulreform zugleich in Verbindung mit der Schulreform überhaupt einzuschätzen als Arbeiten zur Erweiterung des Arbeitsraumes im Interesse der Gesamtheit, die wirklichen Nutzen aus dem Ingenieurschaffen nur dann ziehen kann, wenn dieses den richtigen Rang im Gesamtschaffen erhält, wenn die Ingenieurarbeit in die Gesellschaftsarbeit organisch eingegliedert ist. Daß dies aber eine Funktion auch der Lösung der engeren Berufsfrage ist, das hat man sehr wohl bei anderen Berufen erkannt, und man hat die Folgerungen gezogen. Die Ingenieure müssen erst noch um diese Erkenntnis ringen.

Aber auch im Bereich des technisch-industriellen Gebietes, des Hauptarbeitsgebietes der Ingenieure, mangelt es noch an Raum für den wissenschaftlich gebildeten Ingenieur. In vielen Zweigen des Gewerbes und der Industrie besteht noch heute eine ganz bestimmt nicht sachlich berechtigte Abneigung gegen den wissenschaftlichen Ingenieur. Irrige Vorstellungen und Ansichten hier auszuräumen, hat der Verband im Rahmen seiner Arbeit für den Arbeitsraum durch Aufklärung versucht; die Arbeit blieb nicht ganz ohne Erfolg; in eine Reihe von Industriezweigen und Gewerben konnte der Ingenieur eindringen und sich auch durchsetzen. Gewiß ist das „Durchsetzen" zuerst eine Frage der Persönlichkeit; aber die Art der Ausbildung spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch hier überschneidet das Arbeitsraumproblem die Ausbildungsfrage: der spezialistisch ausgebildete Ingenieur wird sich normalerweise viel schwerer durchsetzen als der universeller ausgebildete.

Doch gerade in der Frage: spezialistisch oder universeller ausbilden? — stößt man auch in der Industrie auf Schwierigkeiten. Es wurde in Verbindung mit der Arbeitsvermittlung mehrfach auf die von industriellen Firmen gestellten Anforderungen hingewiesen, die teils zu weit gespannt, teils überhaupt unerfüllbar waren, teils aber auch nicht als zweckhaft erschienen. So — um nur ein Beispiel anzuführen — wenn ein Konstruktionsingenieur angefordert wurde, der in einem ganz einseitigen Sondergebiet „langjährige" Praxis haben sollte. Wir sind der Meinung, daß solchen Spezialgebieten oft besser gedient ist, wenn sie einen tüchtigen Konstrukteur erhalten, der auf verwandten Gebieten Leistungen aufzuweisen hat, weil er bestimmt sich in kurzer Zeit einarbeitet

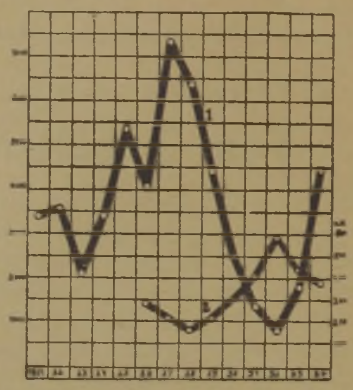
und aus anderen Gebieten kommend oft sicherer eine Weiterentwicklung gewährleistet.

In Verbindung damit steht die Altersfrage. Auch hier wurden Vorstellungen gegen den Brauch erhoben, den älteren Ingenieur abzulehnen, gleichzeitig aber an den jüngeren Bewerber Anforderungen zu stellen, die allein schon zeitlich unerfüllbar sind. Beispielsweise verlangte eine Firma einen jungen Diplom-Ingenieur, der nicht älter als 25 Jahre sein sollte und mehrjährige Konstruktionspraxis in einem Sondergebiet haben müsse! Man kann hierbei nicht einwenden, daß dies ein einmaliger Fall von Gedankenlosigkeit gewesen sei; man verfolge die Stellenangebote in der Tages- und Fachpresse, und man wird mühelos ähnliches feststellen können.

Hierher gehört auch die von industrieller Seite angeschnittene Aufhebung der Zulassungsbeschränkung beiden Technischen Hochschulen. Gegen eine solche Aufhebung ist Einspruch erhoben worden aus wohlerwogenen sachlichen Gründen. Es liegt u. E. so lange kein Grund für eine solche Maßnahme vor, bis einwandfrei die Berufsraumlage im technischen Berufe geklärt ist. Das aber kann erst durch die restlose Erfassung des Berufes nach eindeutiger Klärung seines Personenkreises erfolgen. Erst wenn durch die Bildung der Berufsstände auch im technischen Berufskreis einwandfreie Unterlagen geschaffen werden können, dann ist erst der Zeitpunkt für eine ernsthafte Untersuchung dieser Frage gekommen.

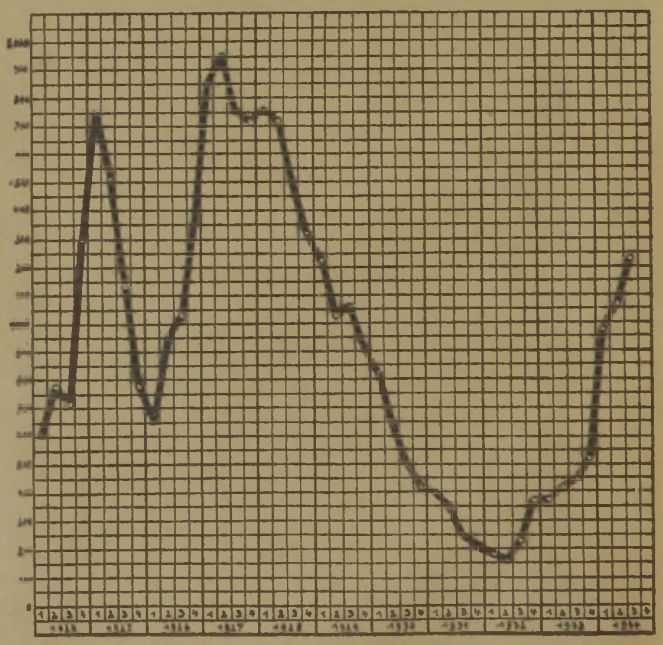
Die derzeitige Arbeitsraumlage der Diplom-Ingenieure kann, von der notwendigen eingangs hier gekennzeichneten Raumweitung abgesehen, als nicht ungünstig angesprochen werden. Für die Beurteilung steht wegen der Ungeregeltheit des Berufsstandes allerdings nur die statistische Erfassung der Stellenangebote als Unterlage zur Verfügung sowie der Beschäftigungsstand innerhalb des Mitgliederkreises des Verbandes. Seit dem Jahre 1921 wurden im Verband statistische Aufzeichnungen so durchgeführt, daß die Nachfrage nach freien Arbeitskräften möglichst vollständig erfaßt werden konnte. Diese Aufzeichnungen geben zwar kein absolutes Bild in der Arbeitsraumlage, aber ein zutreffendes Relativbild, das die Beurteilung der Lage und ihrer Entwicklung durchaus ermöglicht.

In „Technik und Kultur" sind[1] jeweils die Lage und die Entwicklung monatlich und über größere Zeiträume gekennzeichnet worden. In Zahlentafeln und Schaubildern wurde gezeigt, wie sich die Arbeitsraumlage in Verbindung bzw. im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung gestaltete. In dem hier gezeigten 1. Schaubild ist die Zahl der gemeldeten offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den Jahren 1921 bis 1934 dargestellt (Schaulinie 1). Man erkennt deutlich die Parallelität mit dem Verlauf der Wirtschaftsgestaltung innerhalb des gleichen Zeitraumes: der Abstieg in die Inflation (1923), den Anstieg im Jahre 1924 nach Wiederingangsetzung der Industrie nach der Inflation; die Schrumpfung 1926 durch den Kapitalmangel; Anstieg 1926/1927 infolge des Einpumpens der Anleihegelder, wodurch die Scheinkonjunktur erzeugt wurde, und schließlich (im 2. Vierteljahr) 1927 Höhepunkt, dem dann



1. Schaubild:
Schaulinie 1: Zahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den Jahren 1921 bis 1934 (Jahreszahlen)
Schaulinie 2: Zahl der „Zifferanzeigen" in vH. der „offenen" Anzeigen bei Stellenanzeigen für Diplom-Ingenieure in den Jahren 1926 bis 1934 (Jahreszahlen)

der fast stetige und immer schärfer werdende Abstieg folgte. Dieser setzte sich bis (ins zweite Vierteljahr) 1932 fort, wo der Tiefstpunkt erreicht wurde. Der jetzt einsetzende langsame Aufstieg ist eine Folge der Maßnahme der sogenannten „Papen-Regierung", die zwar sehr verschieden beurteilt wurden, die aber in der industriellen Wirtschaft ein gewisses Vertrauen und eine Tatwelle erzeugten, gestützt auf die angekündigten „Lastensenkungen" aber auch auf psychologische Momente. Ganz klar aber setzte der Aufstieg sich schärfer fort nach der nationalsozialistischen Revolution.



2. Schaubild:
Zahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den Jahren 1924 bis 1934 (Vierteljahreszahlen)

[1] Technik und Kultur 25 (1934) 4—7; 28—29; 51; 62—63; 89—90; 139—140; 158—159; 176—177; 195—196.

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung wirkten sich auf den Arbeitsraum der Ingenieure besonders aus, aber man darf dabei nicht vergessen, daß das Vertrauen zur Führung eine besondere Rolle spielt. Und gerade dieses Moment, durch das Tatwille und Unternehmungsgeist erst ausgelöst werden, gibt die berechtigte Hoffnung, daß die weitere Besserung anhält. Gewiß, auch hier können Rückschläge nicht ausgeschaltet werden und werden nicht ausbleiben. Aber solche Rückschläge werden keine ausschlaggebende Rolle spielen, sie werden vorübergehend sein; die allgemeine Richtung weist unverkennbar nach oben.

Diese bisherige Entwicklung und der Zusammenhang mit der Wirtschaftsgestaltung wird noch deutlicher im 2. Schaubild, in dem die Zahl der offenen Stellen der Jahre 1924 bis 1934 (einschließlich 3. Vierteljahr) aufgetragen ist. Ergänzt wird dieses Bild durch die Uebersicht I, in der die monatlich gemeldeten Stellenangebote zusammengestellt sind. Daraus ist ersichtlich, daß das 4. Vierteljahr 1934 einen leichten Rückgang gebracht hat; die Vierteljahreszahlen 1934 sind:

Uebersicht I

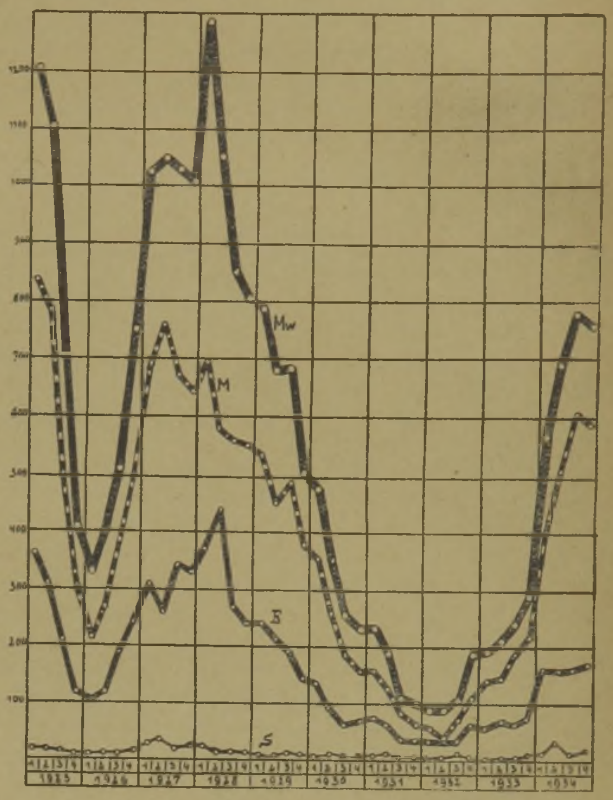
Gesamtzahl der offenen Stellen für Diplom-Ingenieure in den einzelnen Monaten 1932 bis 1934.

Monat	1932	1933	1934
Januar . . .	67	104	300
Februar . . .	78	134	350
März	66	144	343
April	79	146	343
Mai	55	141	354
Juni	60	123	371
Juli	66	122	396
August	91	149	410
September . .	81	179	427
Oktober . . .	134	157	416
November . .	133	186	395
Dezember . . .	117	193	395
Gesamt	1027	1778	4498

1. Vierteljahr	993
2. „	1068
3. „	1233
4. „	1204

Dieser bedeutungslose Rückgang, jahreszeitlich bedingt, kann das Gesamtbild des Aufstieges nicht beeinträchtigen.

Im Jahre 1934 hatte die Nachfrage nach freien Kräften den Stand des Jahres 1929 erreicht. Die Berufslage ist aber 1929 nichts weniger als befriedigend gewesen; die Stellungslosigkeit im gesamten technischen Beruf kann auf Grund der Beobachtung in den Verbänden auf etwa 10 vH. anfangs 1929 geschätzt werden; im Verbande Deutscher Diplom-Ingenieure betrug sie rund 6 vH. In den Jahren 1929, 30, 31, 32 und 33 sind aber von den Technischen Hochschulen weit mehr junge Diplom-Ingenieure in die Praxis entlassen worden als der normale Bedarf bei guter industrieller Beschäftigung erforderte. So wurde bei steigender Zahl der Entlassungen in den Jahren 1929 bis 1933 gleichzeitig das „Reservoir" von freien Arbeitskräften ständig durch den übermäßig großen Zustrom von Nachwuchs gespeist, der nicht in Berufsstellungen eintreten konnte. Erwägt man diese Umstände, so wird man, auch ohne absolute Zahlen, erkennen müssen, daß heute bestimmt noch nicht ein Stand der Arbeitsraumlage erreicht ist, der es rechtfertigen würde, auf einen stärkeren Zustrom zu den Ausbildungsstätten hinzuwirken.



3. Schaubild:

Anzahl der gesuchten Diplom-Ingenieure (Vierteljahreszahlen) 1925 bis 1934, und zwar im Maschinenbau (M), in Elektrotechnik (E) und im Schiff- u. Schiffsmaschinenbau (S). Mw = M + E + S.

In den einzelnen Fachgebieten verlief die Entwicklung zwar verschieden, aber doch in der gleichen Allgemeinrichtung. Auf diese übte und übt das Gebiet des Maschinenwesens (Mw), das weite Gebiet der „Technik der Werkzeuge", naturgemäß den richtunggebenden Einfluß aus. Das zeigt deutlich das 3. Schaubild, in dem die Angebote der offenen Stellen in dem Hauptfachgebiet aufgetragen sind (Mw = Maschinenwesen, und zwar Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiff- und Schiffsmaschinenbau). Ein Vergleich mit dem 1. Schaubild zeigt die Uebereinstimmung der Linie des Gesamtverlaufes mit der für Mw. Für die Jahre 1932, 1933 und 1934 sind in den beiden Uebersichten I und II die Zahlen zusammengestellt.

Ein seit vielen Jahren umstrittener Punkt sind die sogenannten „Zifferanzeigen“ („Chiffre“-Anzeigen). Wiederholt wurde Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß hier Gepflogenheiten eingerissen sind, die teilweise als Unfug bezeichnet werden dürfen. Wir haben durch Beobachtung der Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse das Verhältnis der Firmenanzeigen („offene“ Anzeigen) und der anonymen Anzeigen („Ziffer“-Anzeigen) zueinander festgestellt; dabei hat sich ergeben, daß die Zahl der „Zifferanzeigen“ mit dem wachsenden Angebot freier Kräfte steigt und umgekehrt. Aus der Schaulinie 2 im 1. Schaubild (Seite 14) geht dies Verhältnis hervor.

Uebersicht II

Angebotene Stellen für Diplom-Ingenieure in den Hauptfachgebieten in den einzelnen Monaten der Jahre 1932 bis 1934.

Monat	1932				1933				1934			
	Mw	B	St	A	Mw	B	St	A	Mw	B	St	A
Januar	27	6	15	16	62	5	19	18	184	43	32	41
Februar	29	6	23	20	64	16	34	20	180	49	36	85
März	25	4	23	14	68	15	31	30	209	47	36	51
April	31	9	18	21	79	24	27	16	231	46	42	24
Mai	28	2	11	14	71	17	36	17	234	50	33	32
Juni	22	7	18	13	63	15	30	15	234	70	44	23
Juli	24	5	25	12	66	8	20	28	276	52	39	29
August	40	9	20	22	90	16	20	23	251	78	30	51
Septemb.	43	3	17	18	88	32	33	26	252	59	62	54
Oktober	65	11	34	24	86	25	25	21	269	67	38	42
Novem.	63	11	23	36	105	29	30	22	244	72	53	24
Dezemb.	56	4	30	27	107	27	31	28	254	47	72	22

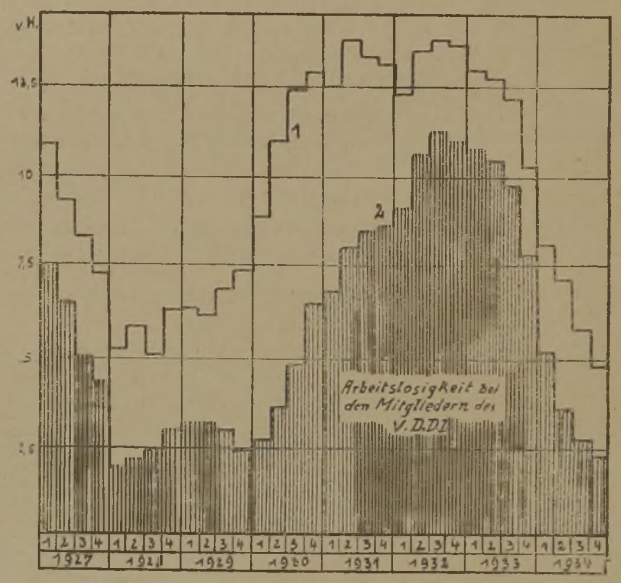
Vergleicht man diese Zahlen mit dem Verlauf der Stellenangebote (Schaulinie 1), so erkennt man den angeführten Zusammenhang, der kein Zufall sein kann. Es müssen also zwischen der Arbeitsraumlage und dem Umfang in der Anwendung von „Ziffer“-Anzeigen innere Zusammenhänge bestehen, die klarzulegen wären, um die offenkundigen Mißstände, die mit den „Ziffer“-Anzeigen verbunden sind, auszuräumen. Unsere allgemeine Stellungnahme zu der Angelegenheit haben wir wiederholt klargelegt. Es ist zu erwarten, daß mit dem Einzug neuen Geistes in die Wirtschaft auch in dieser Sache eine wesentliche Besserung eintritt, andernfalls werden Zwangsmaßnahmen gefordert werden müssen.

Für die stellensuchenden Mitglieder des Verbandes wurden die bewährten Stellenlisten, die 1910 begonnen wurden, in der bekannten Weise herausgegeben, und zwar

1933: 129 Listen, durchschnittlich je Woche 2,5 Listen,

1934: 208 Listen, durchschnittlich je Woche 4 Listen.

Im Zusammenhang mit der Betreuung des Arbeitsraumes steht die Berufsberatung, der ja der Verband von seiner Gründung an besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat, auch, soweit überhaupt möglich, in Verbindung mit den amtlichen Stellen. Im laufenden Jahre verhinderte aber die Entwicklung, namentlich die ungeklärte organisatorische Lage des technischen Berufskreises, aktive Arbeit zu leisten. Ueber Wichtigkeit und Notwendigkeit einer positiven Berufsberatung brauchen in der Jetztzeit keine Ausführungen gemacht zu werden. Positiv und wirkungsgradlich für die Jugend und die Heranziehung eines tüchtigen Berufsnachwuchses kann aber die Berufsberatung nur dann werden, wenn einwandfreies Material über den Beruf beschafft und auf dem neuesten Stand gehalten werden kann, und wenn dazu eine tiefgehende Berufsforschung betrieben wird. Dazu ist aber zuerst die eindeutige Berufsregelung, die Berufsstandsbildung und die restlose organisatorische Erfassung notwendig. Infolge der ungeklärten Berufslage mußte sich im laufenden Jahre der Verband auf diesem Gebiete damit begnügen, vorbereitende Unterlagen zu beschaffen und zu verarbeiten.



4. Schaubild:

Schaulinie 1: Gesamtzahl der stellensuchenden Mitglieder des VDDI

Schaulinie 2: Zahl der stellenlosen Mitglieder des VDDI in den Jahren 1927 bis 1934 (Vierteljahreszahlen)

Die Lage im Rahmen der Mitgliedschaft des Verbandes kann infolge der bekannten Zersplitterung des Berufsstandes nicht als absolutes Bild genommen werden; aber sie dürfte typisch für den Berufsstand sein. Das zeigt auch das 4. Schaubild, in dem die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des VDDI dargestellt ist. Die Schaulinie 1 zeigt (in Vierteljahreszahlen) die Zahl der stellensuchenden Mitglieder: im wesentlichen sind es solche, die in Kündigung standen oder deren „Abbau“ bevorstand. Diese Schaulinie nimmt naturgemäß einen etwas anderen Verlauf wie die Schaulinie 2, die die Zahl der stellenlosen Mitglieder wiedergibt. Die Schaulinie 1 läuft der Schaulinie 2 voraus, was besonders deutlich in 1931/32, der Zeit der tiefsten Depression, ist. Der Verlauf der Schaulinie 2 schließt sich eng an den der Schaulinie 1 im 1. Schaubild (Seite 14) an;

wie die Zahl der offenen Stellen sinkt und steigt, so steigt und sinkt die Stellenlosigkeit. Und die Uebereinstimmung des relativen Bildes mit der Gesamtlage des Berufsstandes ergibt sich daraus, daß beispielsweise die Zahl der Stellenlosen im 4. Vierteljahr 1934 den Stand von 1929 erreicht hatte; den gleichen Stand hatte aber auch (Schaubild 1) die Nachfrage nach freien Arbeitskräften in derselben Zeit jeweils erreicht. So zeigt auch der Verlauf der Stellenlosigkeit im Verbande ein durchaus typisches Bild, und daß die heutige Allgemeinlage mit der von 1929 verglichen werden darf.

Was ist Technik?

Für die Beantwortung dieser Frage eine kleine Auswahl von Lesefrüchten; jeder Zeitungsleser kann diese Auswahl beliebig ergänzen, Stoff dafür ist dauernd reichlich vorhanden.

„Neugestaltung der Technik"

überschrieb eine große Tageszeitung als dicke Schlagzeile einen Bericht über eine Versammlung, auf der u. a. über die Notwendigkeit der weltanschaulichen Ausrichtung auch der technischen, technisch-wissenschaftlichen und technisch-industriellen Arbeit gesprochen wurde. Frage: was ist diese „Technik", die „neugestaltet" werden soll und was soll sich der Zeitungsleser darunter vorstellen?

Wenn derselbe Zeitungsleser zufällig eine am gleichen Tage erschienene Zeitung aus dem rhein.-westf. Industriegebiet in die Hand nahm, so fand er die ebenso dicke Schlagzeile:

„Triumpf der deutschen Technik".

Vielleicht denkt er, jetzt komme ich dem Begriffsinhalt des Wortes „Technik" näher. Und was findet er über die „deutsche Technik", die wieder einmal „triumphiert" hat? Einen Bericht über ein „Hockey-Länderspiel gegen Belgien", das „4:1 für Deutschland" endete. Erfreulich zweifellos; aber was ist „Technik"?

Der gedachte Zeitungsleser möge ein Volksgenosse sein, der gerne den Dingen auf den Grund geht; er will nach diesen Proben endlich wissen, was denn nun „Technik" ist. Er greift deshalb zu der „technischen" Fachpresse. Und liest wieder als Schlagzeile:

„Vom Neuaufbau der Technik".

Er findet darunter die Mitteilung, daß ein wissenschaftlicher Fachverein einem anderen korporativ beigetreten ist, aber was nun diese „Technik" ist, die einmal „neugestaltet", zum anderen Male „neuaufgebaut" wird, darüber kann er sich immer noch keinen Vers machen. So steigt sein Wissensdurst, und er nimmt sich vor, in seinen Zeitungen, und was er sonst noch liest, auf das Wort „Technik" scharf zu achten. Und schon findet er wieder in seiner Zeitung die dicke Ueberschrift:

„Die Technik als Baumeister".

Er sieht ein für ihn sonderbares Bild und wird im beigegebenen Text belehrt: „Dies ist keine Kirchenkuppel, sondern das Gehäuse eines AEG-Generators von innen gesehen". Jetzt ist natürlich die Sache ganz verwickelt geworden! Diese „Technik" gibt sich als „Baumeister", dessen Funktion der Bau von Kirchenkuppeln ist? Ja, aber was ist denn nun diese „Technik"?

Und nun begegnet dieser Wissensdurstige bei seiner Lektüre fortwährend den Worten „Technik" und „technisch" in allen denkbaren Beziehungen; so greift er in seiner Not zum „Kleinen Meyer", Bd. III „Pappeln bis ZZ" und findet:

„Technik"

„(grch.), Sammelbegriff aller Verfahren zum Hervorbringen eines Kunst- oder eines technisch. Produktes; im Sport die zweckmäßige Ausführungsform einer Bewegung und das Beherrschen derselben. — Techniker, ein der T. Kundiger, auf entsprechenden Schulen vorgebildet."

Nun weiß der Mann Bescheid; wenn er jetzt wieder einmal von der „Neugestaltung der Technik" oder vom „Neuaufbau" hört oder liest, dann weiß er, daß „Verfahren" zum „Hervorbringen" von Schillerdenkmälern oder von Automobilen „neugestaltet" werden. Und er fragt sich aus seinem gesunden Menschenverstand heraus, warum die Zeitungen und auch die „T.-Kundigen" mal das, mal jenes als „Technik" bezeichnen? Vielleicht weiß es also auch der „Kleine Meyer" nicht richtig?

Ja, zum..., was ist nun eigentlich „Technik"?

K. S. von Schweigen.

Von unseren Hochschulen

Neue Habilitations-Ordnung:

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat eine für das ganze Reich einheitlich geltende Habilitationsordnung ausgearbeitet. Durch diese neue Verordnung ist die freie Privatdozentur beseitigt. Dafür wird jedoch ein neuer akademischer Grad geschaffen, der jedem Doktor und jedem Lizentiaten offensteht, aber mit keiner Lehrberechtigung verbunden ist. Außerdem wird ein geschlossener Kreis von Lehramtsträgern geschaffen und hierfür eine neue „Dozentur" eingerichtet. Zwischen „Habilitation" und „Dozentur" wird in Zukunft streng unterschieden. Die Habilitation setzt den Doktor- oder Lizentiatengrad voraus und findet frühestens im dritten Jahr nach Studienabschluß statt. Der Bewerber erhält den Grad eines habilitierten Doktors, des „Dr. habil.". Dozent kann dagegen nur der werden, der den Ansprüchen des Beamtengesetzes entspricht; außerdem muß er habilitiert sein. Die neue Habilitationsordnung ist bereits von Mitte Dezember an in Kraft getreten, so daß die bisher Habilitierten automatisch den Grad des „Dr. habil." erhalten.

TH Berlin: Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat neuerdings folgende Berufungen bzw. Ernennungen durchgeführt:

o. Professor Dr.-Ing. Dr. techn. h. c. A. Ludin (Fakultät für Bauwesen) zum gleichzeitigen o. Mitglied der Fakultät für Allgemeine Technologie;

Dr. G. Braunsfurth zum a. o. Professor in der Fakultät für Allgemeine Technologie, und zwar für Sprengstoffphysik;

Dr.-Ing. Cornelius zum o. Professor in der Fakultät für Maschinenwesen, und zwar für das Fach „Allgemeine Maschinengestaltung";

in der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften, Organische Chemie, zum o. Professor Dr. Bachér;

Dr.-Ing. O. Kienzle zum o. Professor für Werkzeugmaschinenbau und Fabrikbetriebe in der Fakultät für Maschinenwesen;

POLITECHNIKA ŚLĄSKA BIBLIOTEKA GŁÓWNA

zum o. Professor in der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen, Bergbau, Aufbereitungskunde und Veredelung bergbaulicher Rohstoffe, Ministerialrat Dr.-Ing. R. Beyschlag;

Dr.-Ing. O. Schöne zum o. Professor für Wärmetechnik in der Fakultät für Maschinenwesen.

Einen Ruf an die TH Danzig als o. Professor hat der a. o. Professor Dr.-Ing. Hans Fromm (Maschinenwesen) erhalten und angenommen.

In die Fakultät für Allgemeine Technologie wurde der a. o. Professor in der Philosophischen Fakultät Greifswald, Dr. R. Mentzel, übernommen.

Der Abteilungsleiter des Heinrich-Hertz-Institutes, Prof. Dr. W. Hort, wurde zum o. Professor in der Fakultät für Maschinenwesen ernannt.

TH Dresden: Ministerialrat Professor Dr.-Ing. Reingruber wurde zum o. Professor für Eisenbahn- und Verkehrswesen ernannt, nachdem er bisher mit der Verwaltung dieses Lehrstuhles in der Bauingenieurabteilung betraut war.

TH Hannover: Direktor Dr. Collorio (Harzwasserwerke Osterode) erhielt in der Fakultät für Bauwesen einen Lehrauftrag für Organisation und Einrichtung von Baustellen unter Ernennung zum Honorarprofessor.

Literatur

a) Neue Bücher:

Winnig, August: Der Arbeiter im Dritten Reich. — Berlin: Buchholz & Weißwange, Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., 1934. 46 Seiten, kart. 0,90 RM.

Auf knappen Raum versteht es der Verfasser, die Geschichte des „arbeitertümlichen Menschen" in ihren großen Entwicklungslinien zu schreiben; und kaum einer ist mehr dazu berufen als er, der diese Entwicklung aktiv miterlebt, die geistigen und seelischen Kämpfe der Arbeiterschaft selbst durchgemacht hat, den Weg der Wandlung und in das Dritte Reich gegangen ist. Wer die deutsche Arbeiterschaft verstehen will, muß diese Schrift lesen, die ich allen Diplom-Ingenieuren, insbesondere Betriebsingenieuren zum Studium empfehle.

K. F. Steinmetz.

Sammlung: „Hilf dir selbst!" — Bonn: W. Stollfaß Verlag.

Von dieser Sammlung wurde hier schon früher lobenswert berichtet; aus den verschiedensten Gebieten bringt sie in handlichen Heften zu einem volkstümlichen Preise aus sachkundigen Federn Darstellungen, welche jedem leicht verständlich sind und jedem eine wertvolle Hilfe im täglichen Leben geben. Neuerdings liegen folgende Einzelhefte vor:

Brinkmann, Dr. Heinrich: Was der Handwerker vor der Meisterprüfung wissen muß. Leitfaden für die Vorbereitung auf die Meisterprüfung. — Nr. 32, Sonderreihe: Der Arbeiter im neuen Reich. 70 Seiten, kart. 1,50 RM.

Da das Heft das wichtigste über das Handwerkerrecht, die Gewerbeordnung, Sozialversicherung, Gerichtsverfassung, Wechsel- und Scheckrecht usw. in klarer Darstellung bringt, ist es auch von Wert für weitere Kreise, als der Titel vermuten läßt.

Sinzig, Dr. rer. pol. W.: Die Einkommensteuer. Was jeder davon wissen muß, Nr. 41, Sonderreihe: Steuerschriften. 33 Seiten, kart. 1,25 RM.

Sinzig, Dr. rer. pol. W.: Die Umsatzsteuer. Was jeder davon wissen muß. Nr. 42, Sonderreihe: Steuerschriften. 37 Seiten, kart. 1,25 RM.

Sinzig, Dr. rer. pol., W.: Die Vermögenssteuer. Was jeder davon wissen muß. Nr. 43, Sonderreihe: Steuerschriften. 37 Seiten, kart. 1,25 RM.

Drei Hefte, von einem besonderen Sachkenner geschrieben, die gerade jetzt willkommen sein dürften im Hinblick auch auf neue in Kraft getretene Steuergesetze. Die gemeinverständliche Darstellung des an sich spröden Stoffes wird durch gut gewählte Beispiele unterstrichen. Das Studium der Hefte bringt Nutzen!

Rheinheimer, Dr. jur., W.: Ueber das Recht des Handelsagenten. Was der Geschäftsherr und der Handelsagent wissen muß. Nr. 92 der Sammlung. 31 Seiten, kart. 1,— RM.

Wer eine Vertretung führt, oder übernehmen will, wird sich aus diesem Heft der Sammlung erschöpfend unterrichten können, ebenso der Geschäftsherr. Ein Mustervortrag gibt guten Anhalt. Ein Sachregister erleichtert den ständigen Gebrauch dieser vortrefflichen Schrift.

Busse, Dr. Ernst: Wie lege ich meine Ersparnisse richtig an? Ein unparteiischer Ratgeber zur Vermeidung von Verlusten und Erzielung guter Zinsen. Nr. 93 der Sammlung, 29 Seiten, kart. 1,— RM.

Es werden die verschiedenen Anlagemöglichkeiten (Sparkassen, Genossenschaften usw., Banken, Effekten, Hypotheken, Lebensversicherungen, Grundstücke, Sachwerte, Darlehen, Beteiligungen) im einzelnen erörtert und ihre Vor- und Nachteile jeweils abgewogen. An Musterbeispielen wird die Anlage bei verschiedener Kapitalhöhe erläutert.

Carolus.

Stahlbau-Kalender 1935. Herausgegeben vom Deutschen Stahlbau-Verband in Berlin. Bearbeitet von Professor Dr.-Ing. G. Unold in Chemnitz. — Berlin: Wilhelm Ernst & Sohn 1934. 323 Seiten, 772 Abbildungen im Text, geb. 4,50 RM.

Herausgeber und Bearbeiter wollen mit diesem „Kalender" ein Hilfsbuch an die Hand geben, das zwischen Formelsammlung und Lehrbuch steht. Darüber hinaus soll es im Büro, im Betriebe und auf der Baustelle als nicht versagendes Nachschlagebuch dienen. Diese beiden gestellten Aufgaben dürfen als sehr gut gelöst bezeichnet werden. Dem Studierenden wie dem praktischen Bauingenieur ist der „Kalender" zur Anschaffung nur zu empfehlen.

Longinus.

b) Zeitschriften:

Deutsche Technik, Technopolitische Zeitschrift der Architekten, Chemiker, Ingenieure, Techniker. — Herausgegeben in Verbindung mit dem Amt für Technik der NSDAP. — Verlag: Theodor Weicher in Leipzig und Berlin. — Schriftleitung: Wolfgang Mueller. — Dritter Jahrgang (1935). Bezugspreis vierteljährlich 3 RM; Einzelheft 1,50 RM.

Von dieser, hier wiederholt empfohlenen Zeitschrift liegt das erste (Januar-)Heft des Jahrganges 1935 vor. Aus dem reichen Inhalt sei angeführt: Professor Dr. P. Schultze-Naumburg nimmt Stellung zu der Frage „Baukünstler und Konstrukteur" und wendet sich gegen die Auffassung, daß das Bauwerk allein aus den konstruktiven Möglichkeiten des Werkstoffes heraus entstehen könnte, wollten wir nicht wieder in eine materialistische Weltanschauung verfallen; das besondere

Leben des Bauwerkes beruhe immer nur auf dem seelischen Erlebnis der Erbauer, auf der Rassenseele. — Professor Dr. E. Everling (TH Berlin) überschreibt seinen Aufsatz: „Wer führt in der Technik, Hersteller oder Kunde?", in dem er die Frage an Hand von treffenden Beispielen zu klären versucht und den Weg zu richtiger, im Interesse des Gesamten liegenden Führung erörtert. — „Technik und Landschaft" setzt Architekt Alwin Seifert in organische Beziehungen, deren Verwirklichung er an Beispielen (Gegenbeispielen) aufzeigt, dem planenden Ingenieur das Gewissen schärfend. — Dipl.-Ing. Carl Weihe zeigt „Die Tragik des Ingenieurberufes" und weist auf die „Schuldfrage" im Sinne des geltenden Rechts bei Unglücksfällen an technischen Bauwerken auch im Hinblick auf die Verantwortlichkeit anderer Berufsträger auf ihrem Berufsgebiet hin. Bei der Gestaltung des neuen Deutschen Rechts, das ist die Lehre, die auf diesem Aufsatz gezogen werden sollte, müßte die Sonderstellung des Ingenieurs beseitigt werden, weshalb bei der Rechtsgestaltung auch der technische Berufsträger gehört werden und mitwirken müßte. — Weitere Aufsätze geben Aufschluß über „die deutsche Inlands-Wirtschaft 1934" (mit Schaubildern); über die „Saarwirtschaft" und ihren rein deutschen Charakter, über Sombarts „Sozialismus" und „Technik"; über „Ligninverwertung" u. a. Reichhaltig und mit kennzeichnenden Abbildungen versehen ist die Rundschau der Zeitschriften, die für jeden Fachgenossen, der sich über Grenz- und benachbarte Gebiete seines Sonderfaches unterrichten will, aufschlußreich ist. Der „Rundschau" schließen sich der ebenso reichhaltige und bebilderte Abschnitt „Fortschritte und Spitzenleistungen" an, die „Polytechnische Rundschau", eine Auslese aus den Fachzeitschriften, und schließlich eine Umschau über „Technik des Auslandes". Der Schlußabschnitt „Technikgeschichte" zeigt eine „Altväterwasserleitungsbrücke" im Tal der Freiburger Mulde, die bedauerlicherweise 1893 abgebrochen wurde. K. F. Steinmetz.

Der Naturforscher, vereint mit Natur und Technik. Bebilderte Monatsschrift für das gesamte Gebiet der Naturwissenschaften und ihre Anwendung in Naturschutz, Unterricht, Wirtschaft und Technik. — Verlag: Hugo Bermühler, in Berlin-Lichterfelde. — 11. Jahrgang, Bezugspreis vierteljährlich 2,50 RM, Einzelheft 1,—RM.

In den vorliegenden Heften vom Dezember 1934 (Heft 9) und Januar 1935 (Heft 10) sind zahlreiche Abhandlungen und Berichte veröffentlicht, die den Naturfreund besonders interessieren dürften. Wir nennen aus dem Dezember-Heft: „Die Verstädterung, ihre Gefahren für Volk und Staat vom Standpunkte der Lebensforschung und der Gesellschaftwissenschaft" von Professor Dr. Hans F. K. Günther in Jena; „Schneekristalle" von Professor Dr. M. Robitzsch und Studienrat Deckart, mit zahlreichen Abbildungen; „Die Bedeutung der Heil- und Schutzserumbehandlung bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten" von Professor Dr. P. Uhlenhut in Freiburg i. B. u. a. Von besonders interessierenden Berichten sind anzuführen: „Die Infrarotphotographie und ihre Anwendungsgebiete" und „Neue Baustoffe" (Iporit, Aristogen).

Im Januarheft dürfte zuerst eine Abhandlung von Universitätsprofessor Dr. Hans Weinert in Berlin: „Ueber die Entstehung der heutigen Menschenrassen" allgemein interessieren, sodann ein besonders beachtlicher Aufsatz: „Neue Forschungen über das Hören", in dem Dr. K. Kuhn in Nürnberg im einzelnen über das „elektrische Hören", über den „Kopf als Mikrophon" und „die elektrotechnische Theorie des Hörens" berichtet. Dem Lichtbildner wird die Abhandlung über „Naturwissenschaftliche Arbeit und tonwertrichtige Photographie von Gerhart Isert viele Anregungen geben.

Es kann hier nur ein kleiner Ausschnitt aus dem reichhaltigen, vielseitigen Inhalt dieser Hefte gegeben werden, deren reiche und erstklassige Bebilderung hervorzuheben ist. K. Remlein.

Aus der Verbandsarbeit

Bezirksvereine

Gau Rheinland-Westfalen: Sonntag, den 18. November 1934 fand in Essen eine Tagung des Gaues Rheinland-Westfalen statt, auf der die folgenden Bezirksvereine vertreten waren: Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Köln, Osnabrück, Wuppertal. Von der Verbandsführung waren die Herren Geheimrat Romberg (Verbandsleiter), Direktor Dipl.-Ingenieur Eberle (Stellvertr. Verbandsleiter), Dipl.-Ing. Kantner (Kurator) und Dipl.-Ing. Steinmetz (Verbandsdirektor) anwesend. Infolge dienstlicher Verhinderung des Gauvorsitzenden Dir. Prof. Dr.-Ing. E. H. Schulz (Dortmund) führte der Vorsitzende des BV Essen Dr.-Ing. W. Schultes die Tagung in vorbildlicher Weise und trug damit wesentlich zu ihrem Erfolg und zu der ersprießlichen sachlichen Behandlung der Verhandlungsgegenstände bei.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Bericht von Dipl.-Ing. Steinmetz über **„die Situation des Verbandes und seine Arbeit"**. Der Berichterstatter kennzeichnete die allgemeine Lage des technischen Berufskreises und innerhalb dieses die Situation des Verbandes. Er wiederholte die schon früher maßgebenden Stellen abgegebene Erklärung, daß es nicht auf das Bestehen des Verbandes an sich ankomme, sondern darauf, daß das Ziel des Verbandes verwirklicht werde, sofern man dieses Ziel als richtig und notwendig für den neuen Staat anerkenne. Diese Anerkennung könne aber heute nicht mehr bezweifelt werden, nachdem man die vom Verband aufgestellten Grundsätze bei anderen Berufskreisen nicht bloß anerkannt, sondern auch inzwischen verwirklicht habe. An einzelnen Beispielen zeigte der Redner dies auf. Andererseits sei der Verband stets bereit gewesen und weiterhin bereit, mit allen Gruppen zusammenzuarbeiten; soweit eine solche Zusammenarbeit aufgenommen oder eingeleitet wurde, sei festzustellen gewesen, daß eine Uebereinstimmung mit dem Verbandsziel im Grundsätzlichen vorhanden sei. Es sei deshalb Hoffnung, daß nunmehr in der Organisationsfrage vorwärts gegangen werde. Das Ziel werde erreicht, die Schaffung eines volks- und berufsverbundenen Ingenieurstandes höchster Leistungsmöglichkeit für die Gemeinschaft Tatsache,

wenn die Ingenieure samt und sonders sich darauf besinnen, daß sie gemeinsam kämpfen müssen und deshalb Verständnis füreinander haben müßten. Es gehe so nicht weiter, daß einzelne Gruppen andere Gruppen bekämpfen und ihnen gänzlich unberechtigte Vorwürfe wie Standesdünkel, Kastengeist usw. machen. Und der Vorwurf, daß Geschäftsstellenpolitik getrieben werde, müsse endlich sachlicher Ueberlegung und der Anerkennung des guten Willen Platz machen. Daß der VDDI heute nicht nur Existenzberechtigung habe, sondern vielmehr existenznotwendig sei, habe er durch seine wegeweisende sachliche Arbeit bewiesen. Denn soweit zu sehen ist, sind bisher brauchbare Vorschläge für die Organisationsfrage mit geistiger Fundierung im wesentlichen vom Verband gemacht worden. Und unverkennbar sei, daß diese Vorschläge auch gewertet wurden. Wie der VDDI durch 25 Jahre hindurch Kämpfer- und Opfergemeinschaft war, und er darf darauf stolz sein, so wird er es auch sein müssen, bis das Ziel erreicht ist, das vor 25 Jahren aufgestellt wurde mit dem Blick auf das Wohl der Gesamtheit und das auch heute im Interesse von Volk und Staat liegt!

In der anschließenden Aussprache, an der lebhafter Anteil genommen wurde, und an der sich auch der Verbandsleiter beteiligte, ergaben sich wertvolle Hinweise für die weitere Arbeit des Verbandes und des Gaues Rheinland-Westfalen. Mit dem Dank an alle Beteiligten konnte der Tagungsleiter, Dr.-Ing. Schultes, die ersprießlich und anregend verlaufene Tagung mit einem Sieg Heil! auf Volk und Führer schließen.

*

BV Essen: Die Feier seines 25jährigen Bestehens beging der BV Essen an seinem Gründungstag, dem 18. November. Zu der Feierstunde am späten Nachmittag hatten sich zahlreiche Mitglieder mit ihren Damen und Freunden des BV und des Verbandes eingefunden. Ansprachen und Vortrag waren von Orchestermusik umrahmt. Der BV-Vorsitzende, Dr.-Ing. W. Schultes, begrüßte die Teilnehmer und gedachte in ehrenden Worten der Toten des BV Essen. Sodann nahm der Verbandsleiter, Geheimrat Romberg (Berlin), das Wort zu seinem Vortrag: **„Der technische Akademiker im neuen Staat“** (vgl. „Technik und Kultur“ 1934, Seiten 197—203), der mit lebhaftestem Beifall aufgenommen wurde. In seiner Schlußansprache gab der BV-Vorsitzende einen kurzen Abriß der BV-Geschichte und gedachte der verdienstvollen Mitglieder, namentlich der Mitbegründer des Bezirksvereines. Mit dem Gelöbnis der Treue zu Volk und Führer, dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied schloß die feierliche Veranstaltung, die bei allen Teilnehmern tiefen und erhebenden Eindruck hinterlassen hat.

Am Abend fand zum Ausklang eine gesellige Veranstaltung statt, um deren Gelingen sich namentlich jüngere Kollegen unter Führung von Koll. Rbm. Philipp verdient machten, und die zahlreiche Teilnehmer recht lange zusammenhielt. Auch diese Veranstaltung gab neuen Auftrieb für die ernste Arbeit am Ziele.

*

BV Berlin: Am 19. November 1934 fand (Landwehrkasino am Zoo) eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, über die folgendes zu berichten ist:

1. **Ansprache des Vorsitzenden Dipl.-Ing. M. Böttcher:** Nicht ein großes Fest zu begehen sei das 25-jährige Bestehen des Verbandes und des BV Berlin Anlaß, sondern Haltepunkt, um eine Rückschau auf Arbeit und Leistung und zugleich Ausschau zu halten, wie wir dem gesteckten Ziele im neuen Staate näherkommen können. Ehe aber darauf eingegangen werde, sei die Ehrenpflicht erfüllt, der Kollegen zu gedenken, die nicht mehr unter den Lebenden weilen. So der 12 im Weltkrieg gefallenen Gründungsmitglieder, der 27 ebenfalls im Weltkrieg gebliebenen weiteren Kollegen und 35 Mitglieder, die inzwischen verstorben sind. Ihr Andenken werde im BV Berlin in Ehren gehalten und ihrer Mitarbeit werde stets in Dankbarkeit gedacht!

Wenn man die Arbeit des BV würdigen wolle, so müsse bedacht werden, daß diese nicht von der Verbandsarbeit überhaupt zu trennen sei, wie denn ja auch natürlicherweise der BV Berlin besonders mit der Verbandsführung verknüpft sei. Die Verbandsgründung hatte ihre tiefere Ursache in der scheinbar gebliebenen Gleichstellung der Technischen Hochschulen mit den Landeshochschulen, die für den akademischen Ingenieur deshalb nicht die Stellung in Staat und Wirtschaft bringen konnte, die ihm seiner Bedeutung nach hätte zukommen müssen. Die Generalidee des Verbandes, aus der sich seine Aufgaben und Arbeiten funktionell ableiteten, hatte der erste Verbandsvorsitzende, spätere Geschäftsführer (1910 bis 1920), das Verbandsehrenmitglied Dipl.-Ing. Dr. rer. pol. Alexander Lang, in den Satz zusammengefaßt:

„Fortentwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens im Sinne einer Stärkung des Einflusses der akademisch-technischen Intelligenz.“

Diese Idee, die das Programm des Verbandes bestimmte, besagte, daß sich der Verband und seine Mitglieder zuerst in den Dienst des Staates, der Gesamtheit stellen wollten, daß sie sich der Gesamtheit verpflichtet fühlten. Deshalb war auch bei der Verbandsarbeit und in den Bezirksvereinen sehr wenig die Rede von Rechten, die erstritten werden sollten; stets sei mehr die Rede gewesen von Pflichten gegenüber dem Volke, aus deren Erfüllung erst Rechte abgeleitet werden dürften. Nicht der einzelne, der Diplom-Ingenieur an sich, stand im Vordergrund, sondern der Dienst am Ganzen. So stand die Verbandsidee in einem gewissen Gegensatz zu der geistigen Situation jener Zeit, und die Verbandsarbeit im Gegensatz zu der allgemeinen Entwicklung, in der eine Individualethik sich immer schärfer herausarbeitete. Das Streben aber im Verbande war auf die Umstellung dieser Individualethik in eine Sozialethik gerichtet durch die Schaffung eines altruistischen Ingenieurstandes. Frühzeitig war erkannt, daß die durch eine materialistische Geschichtsauffassung und den Liberalismus sich ständig vertiefende Klassenspaltung und der sich verschärfende Klassenkampf nur durch eine geistige Umstellung und durch eine sinnvolle berufsständische Gliederung überwunden werden könne. Bei solcher Einstellung könne es nicht Wunder nehmen, daß der Verband heftig offen und hinter den Kulissen bekämpft wurde, wozu man — um in der heutigen Ausdrucksweise zu reden — vor „Greuellügen“ nicht zurückschreckte. Aus jener Zeit des wachsenden Marxismus stammen die Vorwürfe der „Titelsucht“, des „Standesdünkels“, des „Chinesentums“ u. ä. mehr. Die Arbeiten des Verbandes, seine Zeitschrift usw. lassen jeden erkennen, der guten Willens zur Wahrheit ist, wie unberechtigt solche Vorwürfe damals und auch heute seien.

Im weiteren ging der Redner näher auf einige Hauptarbeiten des Verbandes ein, wie auf die Frage der Weiterentwicklung und Reform der Technischen Hochschulen, die Schaffung eines altruistischen Ingenieurstandes höchster Leistungsmöglichkeit im Dienste an Volk und Staat und hohen Berufsethos. Er streifte kurz die äußeren und inneren Schwierigkeiten der Verbandsarbeit und Verbandsentwicklung, die Ueberwindung der drohenden Vernichtung des Verbandes in der Novemberrepublik infolge der Gewerkschaftsherrschaft. Gerade der Kampf des Verbandes gegen seine Vergewerkschaftung und Einreihung in die einheitliche Klassenfront müßte heute jedem klar machen, daß der Verband schon immer auf dem richtigen Wege war. Und so konnte auch nirgends die Wandlung in Deutschland dankbarer empfunden und freudiger begrüßt werden als im Verbande. Er brauchte nicht erst umzulernen, und auch organisatorisch war es ihm einfach, sich auf die neue Zeit einzustellen. Nun war der Boden für das alte und nie aufgegebene Ziel des Verbandes aufbereitet, und die Arbeit stellte sich darauf mit aller Energie ein, aufbauend auf den schon 1910 aufgestellten Grundsätzen der Kammerbildung zur Schaffung des Berufsstandes. Bei dieser Arbeit war und ist es für den Verband Grundsatz, daß es nicht wichtig ist, ob es einen VDDI gibt oder nicht, wichtig ist allein, daß sein Geistesgut, seine Arbeit lebendig für den Aufbau und die weitere kulturelle Entwicklung der Nation werde.

Zur Arbeit an diesem Ziele rief der BV-Vorsitzende alle Diplom-Ingenieure auf, geschlossen weiter zu kämpfen zum Wohle für Volk und Vaterland!

2. Bericht des BV-Geschäftsführers Dipl.-Ing. B. Wedding:

Sein Thema war: „Auf dem Wege zur RKT". Er legte die bisherige Entwicklung der Frage einer Reichskammer der Technik (RKT) klar und zeigte die verschiedenen Etappen auf, die in der Organisierung des technischen Berufskreises bisher zurückgelegt wurden. Er wendete sich gegen den Primat der „Fachverbundenheit", der nach dem derzeitigen Stand der Dinge zu erkennen sei; man verkenne, daß zur wahren Führerauslese eine unbedingte „Berufsverbundenheit" notwendig sei, aus der sich die „Fachverbundenheit" erst ableite. An Beispielen, besonders solchen aus der Kulturkammer, zeigte der Redner, daß man in anderen Berufskreisen eindeutig zur Standesbildung geschritten sei. Etwas anderes aber wie diese Berufe wollen auch die Ingenieure nicht. Wenn Reichsminister Dr. Goebbels betont habe, daß es eine Existenzfrage für ein Volk sei, daß es sich auf seine wichtigsten Berufsstände verlassen könne, so sei die Frage wohl berechtigt, ob die Ingenieure nicht zu diesen Berufsständen zählen! Nichts sei zu sagen dagegen, daß eine „Standesordnung für Tanzlehrer" geschaffen wurde; aber wir dürften wohl geltend machen, daß die Ingenieure für Volk und Staat nicht weniger wichtig seien. Und wenn für die Ausübung des Tanzlehrerberufes ein Befähigungsnachweis erbracht werden müsse, so wollen die Ingenieure nichts anderes. Besondere Beachtung verdiene die neue „Justizausbildungsordnung", durch die der juristische Beruf eine vorbildliche, vorbildlich für alle wissenschaftlichen Berufe, Regelung geschaffen habe, die aber durch ihren Universalitätsanspruch für die Stellung der Ingenieure im neuen Staat eine gewaltige Gefahr bedeute, wenn nicht eine Regelung des Ingenieurberufes in analoger Weise durchgeführt werde. Durch das lange Hinzögern der Lösung der Organisationsfrage des technischen Berufskreises, zum Teil auch veranlaßt durch innere Gegensätze, die aber bei allseitigem guten Willen und dessen gegenseitiger Anerkennung leicht zu überwinden seien, werde auch die Gefahr der Zersplitterung heraufbeschworen. Schon sind wesentliche und wertvolle Gruppen abgesplittert (Patentanwälte, Architekten usw.). Es müsse deshalb mit aller Energie im Verbande an seinem Ziele weitergearbeitet werden; dazu möge ein Wort des Führers („Mein Kampf") beherzigt werden, daß derjenige, der eine Sache weiß und eine Gefahr erkannt hat und nun nicht mit allen Mitteln in der Oeffentlichkeit gegen diese Gefahr auftritt, ein Schwächling sei und Feigheit beweise. „... Wir wollen nicht feige Schwächlinge sein, die zusehen, bis eines Tages eine unrichtige Lösung gefunden ist; wir wollen unsere Schuldigkeit tun. Dann werden wir auch unser Ziel erreichen."

3 Vortrag Dipl.-Ing. U. Prowe: „Einheitliche Berufsausbildung als Fundament des Ingenieurstandes":

Der Vortragende zeigte zunächst die bisherige Entwicklung der Technischen Hochschulen auf getrennt von den Landeshochschulen als Fachhochschulen. Es sei eine Tragik in dieser Entwicklung, daß die Eingliederung der technischen Wissenschaften in die Gesamtwissenschaft, die organische Einfügung der Technischen Hochschulen in die Universitäten, von den Technischen Hochschulen angestrebt, aber von den Universitäten abgelehnt wurde; und in neuerer Zeit, als diese Frage durch die Verbandsarbeit wieder in den Vordergrund gebracht wurde und die Universitäten durchaus gewillt waren, die Vereinigung zu vollziehen, scheiterte dieses Streben an den Technischen Hochschulen! So scheiterte der „Plan Münster", so wurde im letzten Augenblick die Errichtung der „Schlesischen Universität" durch die Verbindung der Universität mit der Technischen Hochschule in Breslau verhindert durch den Widerstand aus dem Lehrkörper und der Studentenschaft, wobei wohl das industrieverbundene Denken eine nicht unbedeutende Rolle gespielt habe. Die Lage der heutigen Technischen Hochschulen werde durch ein Wort von Stapel gekennzeichnet: „Das schlimmste, was den Universitäten passieren könnte, wäre, daß sie einmal Technische Hochschulen würden".

Der Vortragende erörterte sodann das Ziel des Verbandes: einen altruistischen Ingenieurstand zu schaffen. Ein solcher Ingenieurstand sei mit dem Offizierkorps zu vergleichen, das sich auf einer einheitlichen Grundlage aufbaue. Für den Ingenieurstand gelte es deshalb, eine einheitliche Ausbildung einzuführen, durch die die geistige Grundhaltung einheitlich und damit auch die Berufsverbundenheit, der „Korpsgeist", geschaffen wird. Er legte einen Vorschlag*) dar, diese künftige Ausbildung durch eine sinngemäße Vereinigung der bisherigen „zwei Wege" (HTL und TH) zu erreichen, wobei die TH zu einer „universitas technica" ausgestattet werden müsse.

4. Schlußansprache des BV-Vorsitzenden:

Mit großem Beifall waren Ansprache, Bericht und Vortrag aufgenommen worden. Die Aussprache über den Vortrag mußte infolge der vorgerückten Zeit leider abgebrochen werden, und der Vorsitzende schloß die anregend verlaufene Sitzung mit dem Dank an die Redner;

*) Auf Grund dieses Vorschlages hat der BV-Vorstand inzwischen eine Denkschrift ausgearbeitet, die wir an anderer Stelle veröffentlicht haben und die auch dem Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen vorliegt.
Die Schriftleitung.

er hob nochmals hervor, daß den Verband bei dem Streben nach einem einheitlichen leistungsfähigen Ingenieurstand nicht Berufsegoismus treibt, sondern die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die Zukunft von Volk und Staat zu einem wesentlichen Teil mit einem solchen Ingenieurstand unlösbar verkettet ist. Wir im Verbande haben das ernste Bestreben, mit unserer Arbeit das Beste für Volk und Vaterland zu leisten. Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf Volk, Vaterland und Führer, das die Versammlung begeistert aufnahm, schloß der BV-Vorsitzende.

BV Frankfurt a. M.: Zur Feier des 25-jährigen Bestehens hatte der BV zum 9. Oktober 1934 die Mitglieder und Freunde des Verbandes zu einer Sitzung eingeladen, und der Vorsitzende Dipl.-Ing. Rüdiger konnte eine stattliche Versammlung begrüßen. Mit besonderer Freude durfte er das Gründungs- und Ehrenmitglied des Verbandes, Herrn Baurat Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Köster begrüßen, ferner die Vertreter des benachbarten BV Mainz-Wiesbaden, die Herren Dipl.-Ing. Goldmann und Frantz. Der Vorsitzende wies auf die Druckschrift des Verbandes zum 25-jährigen Bestehen: „Dem Ziele entgegen ...“ hin und verlas die Widmung des Verbandsleiters, damit überleitend zu dem Vortrag des Gründers des BV Frankfurt und seines langjährigen früheren Vorsitzenden Dipl.-Ing. Carl Weihe: **„Die Entwicklung des VDDI, 25 Jahre Kampf des akademischen Ingenieurs“.** Er schilderte aus eigenem Erleben den Kampf um die Geltung des Ingenieurs und seine Stellung in Staat und Volk (wobei er allerdings seinen persönlichen Anteil und seine hervorragenden Verdienste um das bisher Erreichte nicht in das rechte Licht rückte. — Der Berichterstatter); er schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Mahnung, im gerechten Streben und Kampfe jetzt nicht zu erlahmen, damit das Ziel des Verbandes im Interesse des gemeinen Besten bald verwirklicht werde.

In einer anregenden und aufschlußreichen Aussprache wurde zu dem besonders aktuellen Thema des Ingenieurstandes und der Kammerfrage Stellung genommen. Wertvolle Beiträge gaben zu dem Thema die Herren Köster, der hervorhob, daß er heute die Eingliederung der Ingenieurausbildung in die Universität als erwünscht erachte, Klein und Frantz, der mit seinem alten bewährten Kampfgeist aufforderte, mit der Begeisterung für das Ziel weiterzukämpfen, die die Gründer vor 25 Jahren, namentlich hier im Rhein-Mainischen Bezirke beseelte.

Der Vorsitzende konnte die anregende und der weiteren Arbeit förderlich gewesene Veranstaltung mit dem besonderen Danke an Redner und Erschienene schließen.

BV Frankfurt a. M. Am 20. November veranstaltete der BV einen Vortragsabend mit Aussprache, auf dem Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz-Berlin über **„Die organisatorische Lage im technischen Berufskreis“** sprach. Ueber den Verlauf der Veranstaltung, die zahlreich von den Mitgliedern und auch von Gästen besucht war, ist zu berichten:

1. Ansprache des Stellv.-BV-Vorsitzenden Dipl.-Ing. Schumacher:

Nach der Begrüßung der Erschienenen wies er darauf hin, daß wir das Bestreben haben, den Zusammenschluß im technischen Berufe zu fördern. Den Diplom-Ingenieuren werde oft vorgeworfen, daß sie für sich etwas Besonderes wollten und erstrebten, Das sei ein großer Irrtum, denn immer ist im Verbande der Standpunkt vertreten worden, daß die Diplom-Ingenieure lediglich entsprechend ihrer besonderen Vorbildung die Uebernahme besonderer Leistungen beanspruchen. Der Zielsetzung sei nicht gedient, daß man die akademische Vorbildung hintansetze, nur um anderen Berufskameraden hiermit entgegenzukommen; mit dem Vorwurf „Standesdünkel“ werde, soweit es die Diplom-Ingenieure angehe, nach wie vor starker Mißbrauch getrieben. Die Ingenieure stehen heute in einem scharfen Kampfe um ihre Geltung im Interesse des Ganzen; sie müssen, wenn sie zum Schaden des Ganzen nicht in den Hintergrund gedrängt werden sollen, endlich „mit der Faust auf den Tisch schlagen“; das Wesentlichste sei, daß der Ingenieur an die Front kommt, um seine Arbeit und Leistung nicht bloß im Interesse privaten Gewinnstrebens nutzbar zu machen, sondern um zuerst dem gemeinen Besten dienen zu können. Hierfür sei die Einigung des Berufskreises zur Schaffung eines Ingenieurstandes Hauptbedingung.

2. Vortrag Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz-Berlin:

Der Redner ging in seinen Ausführungen von der Feststellung aus: „Es ist nicht wichtig, ob ein VDDI besteht oder nicht; wichtig ist, daß die Idee und das Geistesgut des VDDI im neuen Staate lebendig wird“. Und alles Mühen und Streben des Verbandes sei heute darauf gerichtet, daß die Verbandsidee, welche die Gründer vor 25 Jahren aufgerichtet haben, verwirklicht wird, weil wir die unerschütterliche Ueberzeugung haben, daß diese Idee nicht bloß der Weltanschauung des neuen Staates entspricht, daß sie vielmehr verwirklicht werden muß um der Zukunft des Staates und der kulturellen Höherentwicklung des deutschen Volkes willen. Diese Grundidee war vor 25 Jahren schon die gleiche wie heute: Schaffung eines volks- und berufsverbundenen Ingenieurstandes, höchsten Berufsethos und höchster Leistungsmöglichkeit im Dienste der Gemeinschaft. Niemand könne heute abstreiten, daß diese Idee den heutigen Staatsgrundsätzen entspreche, daß ihre Verwirklichung grundsätzliche Notwendigkeit sei, wenn diese Staatsgrundsätze dauernde Lebendigkeit haben sollen. Denn in anderen Berufskreisen, auch solchen, die vordem 100-prozentig dem neuen Staat entgegengesetzt gerichtet waren, habe man diese Idee nicht nur aufgegriffen, sondern bereits weitgehend verwirklicht. Dazu sei nur an die Berufe erinnert, die man in der Reichskulturkammer zusammengefaßt habe. Und ein gewiß unverdächtiger Kronzeuge sei doch wohl Reichsminister Dr. Goebbels, der einmal ausgesprochen hat, daß es geradezu eine Existenzfrage für ein Volk sei, daß es sich auf seine wichtigsten Berufsstände verlassen könne. Und die notwendigen Eigenschaften eines solchen Berufsstandes kennzeichnete er folgendermaßen: „gleiche Erziehung, gleiche Tradition, gleiche Weltanschauung und letzten Endes auch gleiche Gesellschaftskultur“. Wenn man die Geschichte und die Arbeit des Verbandes der verflossenen 25 Jahre kenne, oder um sie kennen zu lernen, seine Veröffentlichung usw. nachlese, so werde man die Uebereinstimmung dieser Kennzeichnung eines Berufsstandes mit der Verbandsidee unschwer feststellen können. Somit dürfte endlich aus allen Erörterungen die Frage ausscheiden, ob das Ziel des Verbandes und der Verband selbst heute noch Existenzberechtigung habe. Das Ziel ist richtig, und solange es nicht erreicht ist, solange habe auch der Verband seine Berechtigung, ja, darüber hinaus sei er eine notwendige Kämpfergemeinschaft. Als solche habe

der Verband es als seine Pflicht erachtet, getreu seinen Grundsätzen aus wahrem deutschem Akademikergeist heraus Wege aufzuzeigen zur Zusammenfassung und sinnvollen Gliederung des technischen Berufskreises, um technisches Denken und Ingenieurarbeit aus dem Bereich des privaten Interesses, dem sie in der Vergangenheit überantwortet waren und im wesentlichen noch heute sind, herauszuführen und in Dienst des Gemeinwohles zu stellen. Wer die Arbeiten in dieser Richtung verfolgt habe und auch die im Laufe der letzten eineinhalb Jahre ergangenen Anordnungen über den technischen Berufskreis, könne leicht feststellen, daß in der Tat die Verbandsarbeit wegeweisend gewesen sei. Denn wesentliche Punkte seien verwirklicht worden. Aber der Kern der Frage sei noch nicht richtig erkannt: die Schaffung des altruistischen Ingenieurstandes einheitlicher, geistiger Grundhaltung. Diese Frage aber sei leicht zu lösen, wenn sich die technischen Berufsträger endlich einig werden könnten im Ziele. Dazu sei notwendig im wesentlichen nur der gute Wille, sich zur gemeinsamen Arbeit an den runden Tisch zu setzen unter der Voraussetzung, daß jeder für sich den ernsten Willen des anderen anerkennt, lediglich der gemeinsamen Sache zu dienen, das Beste für das Wohl von Volk und Staat zu leisten. Verständnis der verschiedenen Gruppen im Berufskreis füreinander habe vielfach bisher gefehlt. Schon 1922 habe der Redner (in der Verbandszeitschrift) ernstlich darauf aufmerksam gemacht, daß im technischen Berufskreis gegen die Diplom-Ingenieure „eine verkehrte Front" eingenommen werde, denn alle technischen Berufsträger gehören zusammen und werden nur in verständnisvoller Zusammenarbeit und in gegenseitiger Anerkennung der verschiedenen Berufsfunktionen der einzelnen Berufsgruppen die Gegnerschaft überwinden und der Ingenik und Technik die ihr gebührende Stellung in der Gesellschaftsarbeit erringen. Werden die Diplom-Ingenieure aus ihrer Stellung und Geltung zurückgedrängt, so wirke das unverweigerlich auf die übrigen Gruppen des Gesamtberufes zurück. Heute sei aber die Lage schon so, daß die akademischen Ingenieure gegenüber anderen Berufskreisen zurückgesetzt werden, und die Gefahr sei akut geworden, daß der gesamte technische Beruf in der Oeffentlichkeit wie bisher nur noch als eine wirtschaftliche Angelegenheit, also von sekundärer Bedeutung gewertet werde. Nachdem der Redner im einzelnen die Wege zum Ziel aufgezeigt, die derzeitige unbefriedigende Organisationslage und ihre Hauptursachen erörtert hatte, schloß er mit der Mahnung, einig im Ziel zu sein, zusammenzustehen und eine Opfer- und Kämpfergemeinschaft zu bilden.

3. Aussprache

Der Vorsitzende Dipl.-Ing. Schumacher dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen, die mit reichem Beifall aufgenommen wurden. Er erklärte, daß der Vortrag so hochstehend und erschöpfend war, daß eine eigentliche Aussprache nicht möglich und nicht angebracht sei. Die Aussprache sollte vielmehr nur dazu dienen, weiteres beachtliches Material für die Weiterarbeit zu Tage zu fördern, das geeignet sei, der Erreichung des dargelegten Zieles, über das wohl Einigkeit herrsche, zu dienen. Er selbst möchte zur Einleitung folgendes beitragen: Der Hamburger Senat faßte kürzlich den Beschluß, keine oberen Stellen der Verwaltung mit technisch vorgebildeten Beamten mehr zu besetzen, wobei bemerkenswert sei, daß der Antrag von einem technisch vorgebildeten Senator unterstützt worden sei! Er gab noch einige weitere Beispiele neueren Zeitpunktes, die zeigten, wie überall versucht wird, den technischen Berufsträger aus leitenden Stellen zu verdrängen, so auch bei den Kommunalverwaltungen, wo der Ingenieur aus maßgebenden Stellen ausgeschaltet werde.

Dipl.-Ing. Jung wies darauf hin, daß nach den neuen Bestimmungen in Preußen der Leiter einer Gemeinde und seine Stellvertreter Jurist sein müssen, nur bei besonderer Bewährung könne von der Mußvorschrift abgegangen werden. Es sei leicht vorauszusehen und aus der bekannten allgemeinen Einstellung abzuleiten, wieweit von der Kannvorschrift zugunsten des Ingenieurs Gebrauch gemacht werde. Ein Beispiel sei Stuttgart, das unter einem Ingenieur als Stellvertreter des Bürgermeisters den allgemein anerkannten Aufschwung genommen habe; jetzt sei aber der Ingenieur an die Wand gedrückt und so ziemlich kaltgestellt.

Dr. Klein machte beachtliche Ausführungen über die geringe Berufsverbundenheit unter den technischen Berufsträgern, die sich in dieser Hinsicht die Juristen zum Vorbild nehmen könnten. Das Verhalten der Fachgenossen, namentlich in höheren und leitenden Stellungen gegenüber den jüngeren sei wesentlich mit schuld an dem heutigen unbefriedigenden Zustande, der nur durch die Berufsverbundenheit und den einheitlichen Ingenieurstand überwunden werden könne.

Zivilingenieur Harsch sprach für die freien technischen Berufe und hob hervor, daß es bei der Lösung der Organisationsfrage nicht angehe, daß der Freie Beruf gewissermaßen als ein Anhängsel der jeweiligen Fachkammern behandelt werde. Die Verantwortung des freiberuflichen Ingenieurs bedinge seine Erfassung in einer Kammer, die diese Verantwortlichkeit wahren kann.

Pg. van Rossum sprach als Leiter des Amtes für Technik des Gaues Hessen-Nassau zugleich auch im Namen des NSBDT. Er wendet sich gegen den Primat der Juristen in bezug auf technische Belange. Die Eingliederung der Patentanwälte und der technischen Sachverständigen in die Rechtsfront sei nicht richtig, denn diese Berufsträger seien zuerst Ingenieure. Den Ausführungen von Verbandsdirektor Steinmetz könne er als Vertreter des Amtes für Technik als auch des NSBDT. vollkommen zustimmen. Eine geschlossene Front der Techniker sei erforderlich; das Leistungsprinzip sei selbstverständlich bei aller Würdigung des Ausbildungsganges voranzustellen, und die Aufstiegsmöglichkeit müsse gewahrt sein. Es müsse so und werde gelingen, die vom VDDI gemachten Vorschläge bei der zuständigen Stelle durchzusetzen. Mit dem Dank an den Vortragenden für seine interessanten Darlegungen, die sich mit den Bestrebungen des NSBDT. decken, schloß Pg. van Rossum seine Ausführungen, die lebhaften Beifall und starke Beachtung bei der Versammlung gefunden hatten.

Dipl.-Ing. Carl Weihe, der verdienstvolle Gründer des BV und sein langjähriger Vorsitzender, knüpfte an einen Aufsatz in „Deutsche Technik" an, der die Ueberschrift trug: „Deutsche Technik erwache!" Noch wichtiger sei der Ruf: Deutscher Techniker erwache!! Wir hätten

uns bisher zu sehr damit begnügt, mit dem, was von oben diktiert wurde, wir müßten unsere Sache selbst in die Hand nehmen und um unser gerechtes und für den neuen Staat wichtiges Ziel kämpfen. Hierzu ist der Zusammenschluß in Geistesgemeinschaften nötig und die aktive Mitarbeit der einzelnen. In unserem noch notwendigen Ringen um die Anerkennung sei der lebhafte Meinungsaustausch der Ingenieure in ihrer Geistesgemeinschaft erforderlich, um zur Klarheit zu kommen. Sprechabende und Diskussionen von Referaten und Vorträgen müßten deshalb beibehalten werden. Mit dem bloßen Anhören von Vorträgen sei es im technischen Berufe nicht getan, da hier noch wichtige Aufbauarbeit geleistet werden müsse.

Dipl.-Ing. Gerach (BV Pfalz) zeigte an einigen treffenden Beispielen aus dem Bereiche der Reichsbahnbehörde in der Rheinpfalz, wie die technischen Berufsträger infolge auch der Ungeklärtheit ihrer Stellung im neuen Staate von anderen Berufsträgern zurückgesetzt werden. Auch allgemein werde der Berufsraum immer mehr eingeengt, zum mindesten könne von einer Weitung nicht die Rede sein, die im Interesse der Zukunft des neuen Staates dringend erforderlich sei.

4. Schlußwort des Vortragenden:

Der Vortragende dankte den Rednern der Aussprache für die Aufnahme seiner Ausführungen und besonders dem Vertreter des Amtes für Technik und des NSBDT. für seine zustimmenden Worte. Es sei erfreulich und ein bedeutsamer Schritt vorwärts, daß hier eine vollständige Uebereinstimmung in der Grundauffassung des Problems festgestellt werden könne; das gebe neuen Impuls für die Weiterarbeit auf dem bisher beschrittenen Wege und berechtigte Hoffnung, daß das gemeinsam als richtig erkannte Ziel doch noch erreicht werde. Es würde sehr rasch verwirklicht werden können, wenn wie für andere Berufskreise auch für den technischen Beruf ein mit Vollmachten versehener Führer reicher Erfahrung in den Berufsfragen ernannt würde und die technischen Belange in einem Ministerium zusammengefaßt würden. Zu den einzelnen Ausführungen der Aussprache Stellung zu nehmen, so , wie es diese Ausführungen verdienten, würde einen Abend für sich beanspruchen. In Kürze sei nur folgendes hervorgehoben: Berufsstand sei Geistesgemeinschaft; in ihr kann es sich nicht um „Diskussionen" im Sinne versunkener Epoche handeln, sondern um den geistigen Meinungskampf, der notwendig sei, um zur Klarheit zu kommen und zur Führerauslese, ohne den das Geistesleben veröden müßte. Im Gesamtberufsstand stellen die „Ingenieuranwälte" eine der wichtigsten Berufsgruppen dar, die in erster Linie einen Schutz als Gegengewicht zu den ihnen aufzuerlegenden Bindungen brauchen. Dieser Schutz müsse durch die Selbstverwaltung in Verbindung mit eigener Gerichtsbarkeit gewährleistet werden. Man dürfe aber nicht vergessen, daß auch der angestellte Ingenieur eines solchen Schutzes bedürfe, wenn man ihn aus der Industriegebundenheit und -verbundenheit lösen und ihn zur Berufsverbundenheit führen wolle. Noch zu wenig sei beachtet, daß dem Industrieingenieur die große Aufgabe der Mittlung zwischen den Arbeitskontrahenten und die ungeheure Verantwortung der Führung durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit auferlegt sei. Diese verantwortungsvollen und für das Gelingen der neuen Betriebsgemeinschaftsidee ausschlaggebenden Aufgaben bedingen für den Ingenieur der Industrie einen starken Rückhalt in seinem Berufsstand und an einer eigenen Gerichtsbarkeit, um ihn weitgehend selbständig zu machen, damit er im Sinne der heutigen Weltanschauung seinen Beruf überhaupt ausüben kann. Ueber das Verhältnis „Jurist-Ingenieur" könne man natürlich stundenlang interessante Gespräche führen und Klagelieder singen. Man müßte sich gleichberechtigt mit den Juristen an einen Tisch setzen können, dann würde wahrscheinlich diese alte leidige Frage rasch gelöst werden. Dazu sei aber eben erst die Grundfrage der Ingenieure, die Bildung des Ingenieurstandes, zu lösen. Deshalb müsse auch alle Kraft auf dieses Problem konzentriert werden. Deshalb müsse auch die Ausbildungsfrage dieses künftigen einheitlichen Standes mit allem Ernst bearbeitet werden. Schon beginne die Nachwuchsfrage ein Problem zu werden, nicht hinsichtlich der „Quantitätsfrage", sondern der „Qualitätsfrage". Das Wort Redtenbachers: daß ein Stand ohne Ansehen in der Oeffentlichkeit keine tüchtigen Köpfe anziehe, bestehe immer zu Recht. Und der Ingenieur habe nicht einmal seinen Stand, und wie es mit seinem öffentlichen Ansehen bestellt sei, darüber brauche man ja nicht erst zu reden. Tüchtige Köpfe werden vor allem jene Berufe vorziehen, die einen weiten Berufsraum haben, und bei denen sich die Berufsbahn nicht fast ausschließlich im engeren Rahmen des rein Fachlichen und zudem noch abhängig in der Wirtschaft erschöpft. Alle die heute behandelten Fragen seien nicht für sich stehende, sie bedingen sich gegenseitig, und alle seien eine Funktion der wahren Standesbildung. Der neue Staat, der kein Schutz- und Paragraphenstaat, sondern ein Arbeitsstaat sein werde und sein müsse, bedürfe dieses Standes mindestens neben den anderen „wichtigsten Berufsständen". Das müsse endlich allgemein erkannt werden, daß von allen Berufen der Ingenieurberuf in allererster Linie arbeitsverbunden ist und schon immer war. Die neu anhebende Zeitepoche braucht diesen Stand, und es sei nur eine Frage der Zeit, daß dies erkannt würde. An uns liege es, durch Opfersinn und Kampfwillen diesen Zeitraum abzukürzen, damit nicht erst noch durch falsche Wege Schaden gestiftet werde. Deshalb an alle technischen Berufsträger die Bitte: Verständnis für die gestellten Aufgaben, Verständnis füreinander und Einsatz aller Kräfte für das Ziel!

5. Schlußansprache des Vorsitzenden:

Der Stimmung der Versammlung gab ihr Vorsitzender, Dipl.-Ing. Schumacher, in seiner Schlußansprache in dem Dank für die Ausführungen des Vortragenden und der Teilnehmer an der Aussprache in warmen Worten Ausdruck. Er wünsche und hoffe, daß der Vortragende in Bälde in einem noch größeren Rahmen in Frankfurt über diese schicksalhaften Fragen zu sprechen Gelegenheit habe, wozu der BV die nötigen Schritte einleiten werde. Mit einem freudig aufgenommenen Sieg Heil! auf Volk, Vaterland und Führer schloß er die anregende Veranstaltung, die die Teilnehmer bis in vorgerückte Stunde zusammenhielt. Unentwegte setzten die Aussprache in kleinerem Kreise noch lange fort.

Verantwortlich: Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Berlin-Lankwitz, Beethovenstr. 20. — Selbstverlag des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure E. V. — Druck: Buchholz & Weißwange, Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 40.